

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Drittelpfennig. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Telefon: Amt Wilhelm 4952 und 8846

Nummer 6

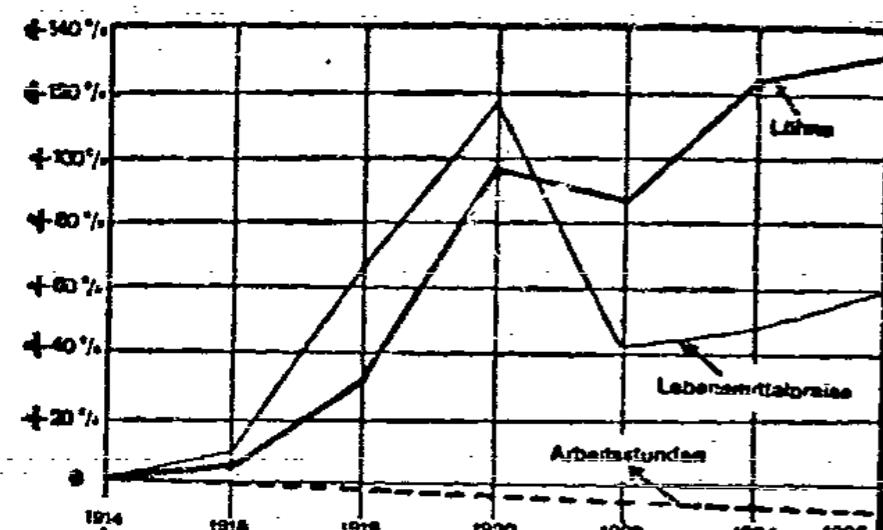
Berlin, den 5. Februar 1927

2. Jahrgang

Nordamerikanische Gewerkschaftslöhne 1926.

Im Jahre 1926 haben sich in den Vereinigten Staaten die Löhne wie die Arbeitszeit weiter verbessert. Das wird von den Veröffentlichungen des Handelsamtes als auch des Arbeitsstatistischen Amtes in Washington gleichermassen bestätigt. Nach den Angaben beider Amter ist im Jahre 1926 die Verbesserung der Arbeitsbedingungen weitergegangen, die im letzten Jahre vor dem Kriege begann. Von 1914 bis 1927 beträgt die Lohnsteigerung 133,4 v. H., die Verkürzung der Arbeitszeit 7 v. H. Somit hat die Lage des amerikanischen Arbeiters von zwei Seiten eine Besserung erfahren, einmal durch höhere Bezahlung, andererseits durch Vermehrung der Freizeit. Wie das beigelegte Schaubild erkennen lässt, ging die Verbesserung der Arbeitszeit wie die der Löhne ungleichmäßig zwar, aber stetig fort, abgesehen von den beiden Jahren 1920 und 1922, in welcher Zeit der Lohn um 6 v. H. zurückging. Die Lohnsteigerung wurde indessen mehr als ausgewischt durch den gleichzeitigen und erheblichen Rückgang der Lebensmittelpreise.

Mit der Angabe der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung ist jedoch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des amerikanischen Arbeiters noch nicht ganz genannt; denn die Lohnsteigerung wäre bedeutungslos, wenn sich die Preise gleichzeitig erhöht hätten. Das ist, wie schon angedeutet, nicht der Fall. Auf der Schautafel ist zu sehen, daß von 1914 bis 1920 Löhne und (Kleinhandels-) Preise ziemlich gleichmäßig emporstiegen. Im Jahre 1920 erreichten die Preise mit etwa 120 v. H. den Höhepunkt, dann stürzten sie jäh nach unten und kamen im ersten Viertel von 1922 bei 40 v. H. an. Bald begannen sie abermals, wenn auch sehr langsam, zu steigen; die Preise von 1926 waren sie wieder bei 60 v. H. angelangt. Auch die Löhne fielen im Jahre 1920, aber bedeutend weniger als die Preise; sie gingen ebenfalls bald wieder aufwärts und erreichten 1926 ihren höchsten Stand, nämlich 133 v. H. Anders ausgedrückt: Seit 1914 haben sich die Preise um 60, die Löhne aber um 133 v. H. erhöht.



Mit diesen Vergleichszahlen kann sich freilich der europäische Gewerkschafter noch kein rechtes Bild von der Lage seiner amerikanischen Kollegen machen. Sowar weiß er nun, daß sich ihre Lage seit dem Kriege dank der Lohnsteigerung und der Arbeitszeitverkürzung beträchtlich gehoben hat, aber er weiß noch nicht, wieviel sie tatsächlich verdienen und wie lange sie dafür schaffen müssen. Das aber muß der europäische Gewerkschafter wissen, um seine Lage mit der seiner Genossen im Dollarland vergleichen zu können. Um das zu ermöglichen, sei das Wesentlichste der jüngsten amtlichen Erforschung der Gewerkschaftslöhne wiedergegeben. Diese Untersuchung des Arbeitsstatistischen Amtes umfaßt fast eine Million Mitglieder von 17 typischen Berufsverbänden in 66 Städten. Als allgemeiner wöchentlicher Durchschnittslohn für Vollearbeitete Zeit ergab sich 52,12 Dollar (= 218,90 Pf.), als stündlicher Durchschnitt 1,14 Dollar (= 4,78 Pf.). Dies bedeutet, daß sich gegen 1913 der wöchentliche Durchschnittslohn des gewerkschaftlich organisierten Arbeiters um 133,4 v. H., sein Stunden durchschnitt um etwa 150 v. H. gehoben hat. Der letztere steht jetzt 26 v. H. über dem von 1920 und 52 v. H. über dem von 1925.

Das sind die großen Durchschnitte, die sich von der Gesamtheit der Lohnsätze der 17 von der amtlichen Erhebung erfassten Berufe ergeben. Es erübrigst sich nun noch, die Lohnsätze dieser Berufe einzuführen. Um die Lohnsätze nicht zu lang werden zu lassen, seien nur die durchschnittlichen Stundenlöhne von 1925 und 1926 hierher gesetzt, so daß man ihre Steigerung oder Senkung in dem eben ablaufenden Jahre ermitteln kann; und in der letzten Abschlußtabelle ist in Hundertstänken angegeben, um wieviel sich der durchschnittliche Woche in lohn dieser Berufe seit 1913 erhöht hat. Der Wochenlohdurchschnitt wurde gewählt, weil dieser, im Abhange der Veränderung der wöchentlichen Arbeitsstundenzahl, ein aussprechendes Urteil von der Einkommensteigerung der in Frage stehenden Arbeiterschaften gestattet.

	Stundenlohn	Erhöhung	
	1925	1926	
	seit 1913	in %	
	in Dollar	in %	
Bäder	0,97	0,92	166
Bautechniker	1,47	1,56	124
Gummierende	1,18	1,26	138
Elektriker	1,27	1,33	197
Maler	1,23	1,30	145
Plasterer	1,48	1,59	124
Rohrleger	1,28	1,36	119
Silikonkulteur	1,27	1,35	118
Kraftwagenführer	0,4	0,65	92
Fuhrlaute	0,68	0,67	130
Hafenarbeiter	0,82	0,83	88
Wäschereiarbeiter	0,44	0,44	?
Waschmeister (Fach)	1,10	1,12	98
Waschmeister (Betrieb)	1,11	1,13	99
Waschmeister (Zunder)	1,09	1,11	112
Waschmeister (Weiß)	0,99	1,01	111
Strakenhauer	0,84	0,86	?

Die Geschäftsmacher die Regierungsmacht in Händen.

Der Besitzbürgerblock gegen die Arbeitnehmer ist zustande gekommen. Der Reichspräsident von Hindenburg trat bei dieser Gelegenheit zum zweiten Male auf die Seite der Besitzenden gegen die Besitzlosen. Genosse Leipart wies deshalb auf der Gewerkschaftskonferenz in Augsburg darauf hin, man müsse fragen, ob sich der Reichspräsident dessen bewußt sei, daß sein Eingreifen bei der Regierungsbildung eine direkte Verhöhnung der Arbeiterschaft darstelle. Leipart betonte weiter, wenn der Reichspräsident die bürgerlichen Parteien zur Wehrung der vaterländischen Interessen aufrufe, ob das heißen sollte, daß die Arbeiterschaft von der Pflicht zur Wahrung der vaterländischen Interessen entbunden sei. Die Kundgebung des Reichspräsidenten habe die Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum weit aufgerissen. Die Arbeiterschaft werde sich nicht mehr in die Hände des Untertanen zurückdrängen lassen.

Damit gab Genosse Leipart der Meinung Millionen Gewerkschafter Ausdruck und ließ erkennen, daß die Gewerkschaften einer so zuwege gebrachten Regierung kein Quentchen Vertrauen entgegen zu bringen vermögen und zu ihr in schärfster Opposition stehen.

Gedreht deswegen müssen sich die neuen Regierungsmänner darüber im klaren sein, daß die freien Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck die Regelung der Arbeitszeit nach dem Sinne des Notgeizes und die baldige Erledigung der anderen sozialpolitischen Gesetze verlangen. Sie werden den Kampf gegen die gesamte sozialpolitische Reaktion aufnehmen, auch, wenn die anderen Gewerkschaftsrichtungen aus politischer Unterordnung ihre Forderungen etwa im Stich lassen sollten.

Die Arbeiterschaft im allgemeinen muß sich darüber im klaren sein, daß sie wohl in keiner Beziehung von dieser Regierung Entgegenkommen zu erwarten hat; denn der Besitzblock kam zustande, um mit Roßdruck Geschäfte mit der Politik zu machen.

In erster Linie wird die Regierungsmacht des Besitzbürgerblocks dazu ausgenutzt werden, die wirtschaftliche Machtstellung der organisierten Arbeiterschaft zurückzudrängen und dem Unternehmertum zu helfen. Alle Behörden werden in den Dienst der Sache gesetzten werden.

Die Arbeiterschaft kann sich auf Dinge gefaßt machen! Hoffentlich stellen sich die Arbeitnehmer in den bürgerlichen Parteien nicht blind und beobachten mit offenen Augen den Verdegang der Entwicklung; denn ihr politisches Verhalten ermöglicht ja in erster Linie den faulen Besitzbürgerblock, dessen Tätigkeit schwere wirtschaftliche und politische Schäden für Deutschland bringen wird.

Mit den neuen Regierungsmännern:

Dr. Marx (B.): Reichsanzler;
Dr. Braun (B.): Arbeit;
Dr. Köhler-Baden (B.): Finanzen;

Herdt (Dnat.): Innerei;
Schiele (Dnat.): Ernährung;
Koch-Düsseldorf (Dnat.): Verkehr;
Graef-Thüringen (Dnat.): Justiz;
Dr. Stresemann (D. W.): Auswärtiges;
Dr. Curtius (D. W.): Wirtschaft;
Schaeff (Vntr. W.): Post;
Dr. Geßler (parteilos): Reichswehr;

triumphiert die wirtschaftliche, politische und kulturelle Reaktion in Deutschland. Das deutsche Volk, vor allem die organisierten Arbeiter, hat deshalb die Pflicht, mit allen Mitteln gegen diese Regierung zu kämpfen. Und darüber hinaus ist Bedingung, daß alle Arbeitnehmer bei politischen Wahlen aufgerufen werden, damit ihre politische Macht nicht wieder den Parteien des Besitzbürgerblocks zugute kommt und sich zum Nachteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten auswölbt. Diese sollten doch endlich einmal durch Schaden flug werden und bei politischen Wahlen begreifen, daß ihre Lebenslage nicht von bürgerlichen Parteien gebessert wird.

Die bürgerlichen Parteien nehmen stets die Interessen des Besitzes wahr und niemals die der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die den Rückhalt der Wirtschaft und des Staates bilden. Daran ändert sich nichts, daß auch ein christlicher Arbeitvertreter mit in der neuen Regierung sitzt, nämlich der Deutschnationale Koch-Düsseldorf.

Deshalb nicht lärmend und hämisch müssen wegen der Besitzbürgerblockregierung, sondern bei den kommenden Wahlen dafür sorgen, daß die bürgerlichen Parteien nicht die Mehrheit im Reichstag erhalten.

Darin liegt das Grundübel.
Dem muß abgeholfen werden.

Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1927 von 1.472.000 auf 1.551.000, die der weiblichen von 275.000 auf 283.000, die Gesamtzahl von 1.747.000 auf 1.834.000 gestiegen. Die Gesamtzunahme beträgt 87.000 oder rund 5 Proz. Die Zahl der Zuflugsempfänger hat sich von 1.966.000 und 2.070.000 erhöht. In der zweiten Dezemberhälfte hatte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 27.000 oder rund 19 Proz. zugenommen. Die Ver schlechterung des Arbeitsmarktes hat also in ihrem Ausmaße nachgelassen. In den einzelnen Teilen Deutschlands ist die Erwerbslosenzahl überhaupt nicht gesunken, im Rheinland und Westfalen sogar um einige Tausend zurückgegangen.

Die neue Regierung bekommt damit gleich eine Aufgabe zu gewissen, an der sie ihre Kraft beweisen kann, denn Verminderung der Arbeitslosigkeit ist mit ein Staats- und Wirtschaftsproblem.

Die Arbeiterschaft hat deshalb alle Ursache, die Augen offen zu halten. Eine Wertspreiserhöhung kann von ihr nur gebilligt werden, wenn ein dementsprechender Lohnausgleich unbedingt damit verbunden ist. Solange der nicht in genügender Weise garantiert ist: Fort mit der Wertspreiserhöhung!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Rüstet euch, festigt euren Rückhalt! Alle Geschäftsmacher wollen an eurer Ausbeutung verdienen. Nehmt geschlossen den organisierten Kampf gegen eure Widerläufer auf.

Seid euch zur Wehr!

Das Schmarotzertum.

Die wirtschaftliche Krise mit all ihren Begleiterscheinungen hat auch auf eine Anzahl Menschen ihre üblichen Wirkungen in bezug auf Moral und Charakterstärke ausgeübt. In der Vorkriegszeit kannten wir das Schmarotzertum, und jeder anständige Mensch war mit Ekel erfüllt, mit diesen Menschen gemeinsame Arbeit zu verrichten. Wie bei allen großen Erscheinungen in der Wirtschaftsgeschichte eine Anzahl Menschen den Einwirkungen unterliegen, die Zusammenhänge nicht begreifen, den sich neuhindgenden Gedanken schauderhaft gegenüberstellen, so hat auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise begleitet, gewissenlose Menschen zum Schmarotzertum zu erziehen. In der menschlichen Gemeinschaft, wie in der Natur gibt es Lebewesen und Pflanzen, die dort am besten gebeten, wo es recht unsauber, dreckig und faulig ist. Solche Lebewesen suchen auf Grund ihrer ganzen Einstellung nicht den gesunden, natürlichen Boden auf, sondern meist Vororte, stinkende Gewässer, weil dort eine gewisse Bebagung für sie vorhanden ist. In den Betrieben der großen Konzerne, in den Werkstätten der Kleinstmeister kann man heute sehr deutlich diese Elemente beobachten, die sich schleichend, liebedienend, andächtig und frömm zu jeder ehrlosen Handlung gegen ihre Mitarbeiter bereit finden und sich anschicken, das Schmarotzertum als Leiter zum Aufstieg für ihren Beruf zu benutzen. Diese Elemente, die meistens zu faul sind, durch ihre eigene Handarbeit, durch eigene Kraft mit ihren Klatschengenossen verbunden, sich bessere Existenzbedingungen zu erzielen, benutzen diesen Schleierweg, durch Kriecherei und Liebedienerei sich ein Festchen zu ergattern. Dieselben Leute sind durchweg zu feige, sich Glück und Wohlstand gemeinsam zu erzielen, statt dessen erblicken sie ihre Aufgabe darin, sich dem Unternehmertum vor die Füße zu werfen, ihm die Hände zu föhlen, mit der Menge unter Um ihre Arbeiterehre verlängern, das Staubbecken des Proletariats mit Fuß zu treten. Neue unsauberen Burden sind unseren Kollegen in den Betrieben noch aus der Vorkriegszeit bekannt, die nun wieder auftauchen, ihr unsauberes Handwerk weiter zu betreiben.

Es ist angeborene Schlechtheit, niedrige Gewinnsucht und Charakterlosigkeit, die sich bei leblosen Leuten offenbart, sie zu Goldschnäppchen herabwürdig. Statt kämpfen, wollen sie schmarotzen, verleumden und belügen. Diese Helden bauen sich in der Macht der nationalen Weinrührung und verdonieren alles, was die Gewerkschaften durch ehrliche Tagesarbeit erreichen. Durch Liebedienerei und Unverwürflichkeit

Die durchschnittliche Arbeitszeit dieser 17 Berufe betrug 1926 45,4 Stunden die Woche. Dies ist gegen 1925 eine geringe Verkürzung, gegen 1913 aber eine von 2%, gegen 1907 eine von 4½ Stunden. Die durchschnittliche Zahl der möglichen Arbeitsstunden ist in den Bauherrn 43,8, im Buchdruck 44,4, im Zeitungsdruck 45,3, in der Bäckerei 47,8, bei den Fabrikien und Kraftwagenführern 55½ Stunden. Daß die amerikanischen Gewerkschaften in einem ersten Schritte stehen, ist bekannt. Die nächstjährige amtliche Statistik dürfte wohl für eine Reihe von organisierten Berufen die 40stündige Arbeitszeit aufweisen.

Die Mietentwertung ohne Lohnausgleich.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger müssten schon seit Monaten eine jährliche Versteuerung ihres Lebensunterhalts ohne Lohnausgleich hinnehmen. Schon droht eine weitere Versteuerung. Wie wir bereits berichteten, gab der vorsätzliche Minister für Volkswirtschaft, der Zentrumsmann Hirschfelder, den Anlaß zum Plan einer Wertspreiserhöhung um 30 Proz. Er regte allerdings mit an, daß auch die Löhne um die Hälfte hinaufgestellt werden müßten; aber die Unternehmer kümmern sich nicht um Ministerwürde — und der Staat kann sie auch nicht zwingen, die Wertsätze zu tragen. Sie werden deshalb auf der einen Seite aus Wohltätigkeiten den Haushaltern bei der Belastung des Mieters beibringen, aber von sich aus alles versuchen, den Arbeitern die Mehrkosten für die Miete tragen zu lassen.

Es ist also geplant, der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten das Heil über die Ohren zu ziehen.

Wie wird sich die geplante Steigerung wohl auswirken? Die Arbeiter, Angestellten und Beamten zahlen je nach ihrem Einkommen Wertspreise von 10 bis 60 Pf. monatlich. Räumen dazu 30 Proz. Aufschlag, so würden die genannten Wertsätze auf 13 bis 78 Pf. monatlich gestiegen. Drei Worf Steigerung der Miete bedeutet für einen Arbeitshaushalt eine Mehrbelastung von 0,80 Pf. 10 Pf. dagegen eine Höhe von 2,50 Pf. und 20 Pf. von 5 Pf. in der Woche. Kein Arbeitshaushalt ist imstande, in der Woche eine derart hohe Versteuerung auf sich zu nehmen.

Das schlimme ist ja, daß es nicht bei der Versteuerung der Miete allein bleibt, sondern daß sich die Versteuerung auf die gesamte Lebenshaltung auswirkt; denn die Geschäftsmale schlagen ihre erhöhten Wertspreise auf die Waren, und je treibt ein Kaffee den anderen mit dem Ergebnis: Die Wertspreiserhöhung von 30 Proz. wird eine allgemeine Lebensversteuerung von 15 bis 20 Proz. nach sich ziehen. Darin liegt der große Nachteil und die volkswirtschaftliche Gefahr.

Die Kaufkraft der arbeitenden Massen in Deutschland ist so gering, daß schon die Wirtschaft darunter zu leiden hat; wenn nun noch eine weitere Einschränkung und Verzerrung durch Versteuerung der Miete und einer damit verbundenen allgemeinen Mehrbelastung der arbeitenden Schichten hinzufügt, so ist der wirtschaftliche Schaden gar nicht absehbar.

Darin liegt der große Nachteil und die volkswirtschaftliche Gefahr.

winseln sie wie die Hunde und stimmen dem Unternehmertum in allen Maßnahmen bei. Solche erbärmlichen Menschen sind in den Betrieben überall dabei, wenn es gilt, die Arbeiterschaft für die zum Selbstzweck des Unternehmertums geschaffenen Einrichtungen zu unterstützen. Sie propagieren die Weltgemeinschaft, sind Mitglieder der Weltarbeitervereine; sie tauchen überall auf, wo es gilt, beim Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten. Bei politischen Wahlen leisten sie Hilfe für die Freunde der Arbeiterschaft und eben bei Streiks und Bahnkämpfen bei ihren Klassengenossen Verrat. Weitsichtige Unternehmer haben diese Samtpolitaner richtig erkannt und lehnen es ab, ihre Pfeilschäfte anzunehmen. Die Mehrzahl der deutschen Unternehmer zögert dauernd diese Elemente groß und sieht in ihrem Zustrom ein weiteres Mittel, die verbauten Gewerkschaften und ihre Einrichtungen zu schwächen, eine Teilung der arbeitenden Massen im weitesten Sinne durchzuführen. Auch diese Versprechungen werden nicht zum Erfolge führen, da der Hintergrund dieses Ziels unzureichend und kumpfzig ist und die Vergangenheit lehrt, daß auch diese Leute der Klassensubjektiven Arbeiterschaft in ihren Bestrebungen den Weg zur wirtschaftlichen und politischen Macht nicht ernstlich verhindern können. Wegen dieser Zeilen dazu hingehen, daß unsere Betriebsräte und Verhandlungsräte die Gefahr überall rechtzeitig erkennen und dadurch Maßnahmen treffen.

R. Hartwig.

Wie schaffen wir geordnete Verhältnisse in der Weißglasindustrie?

Die gesamte Weißglasholzindustrie in Deutschland befindet sich im Augenblick entweder vollkommen tariflos, oder die Tarife sind gefündigt. Eine Übersicht der in den einzelnen Gruppen bestehenden Verhältnisse zeigt eine derartige Verschiedenheit, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um endlich einmal Ordnung in dieses Chaos zu bringen. Der Versuch mit dem Reichskomiteekrat wird unternommen und wir hoffen die Hoffnung, daß wir das Werk zum günstigen Ende werden führen können. Dabei sind wir gewiß, daß schwere Arbeit vor uns liegt.

Das Unternehmertum in der Weißglasholzindustrie ist sehr uneinheitlich in seiner Ausfassung, und zwar nicht nur der Arbeiterschaft gegenüber, sondern auch in den Dingen, die mit der Wohlfahrt der Industrie zusammenhängen. Einigkeit besteht darin, daß der Lohn nicht zu hoch kommt, und auch sonst der Arbeiterschaft nicht zu weisende Konzessionen gemacht werden. Niemals aber sehen wir ein Bestreben, die Industrie in sich selbst einheitlicher zu gestalten. Ware ein derartiges Bestreben vorhanden, dann würden auch die Industriellen doch trachten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichmäßiger zu regeln, als wie dies bis jetzt der Fall ist. Es ist ganz gleich, welche Branche der Weißglasholzindustrie wir berücksichtigen, in jeder Branche sind die Verhältnisse zerstört.

Die Verdienste der Glasmacher und Schleifer, der Holzarbeiter und der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen schwanken in großer Weise. Nur behaupten aber die Unternehmer übereinstimmend, daß in der Weißglasholzindustrie der Arbeitslohn einen bedeutenden Faktor der Herstellungskosten ausmache. Bei einer Verhandlung, die wir vor kurzem hatten, wurde angegeben, daß der Lohnanteil am Gesamtlohn bis 40 Prozent betrage. Wir glauben an diese Höhe nicht, aber leicht, wenn der Lohnanteil nur 20 Prozent betrügen würde, dann würden die bestehenden Lohnunterschiede die Konkurrenzfähigkeit des einen Betriebes gegen den anderen bedenklich verändern. Dies muß um so mehr der Fall sein, weil so nach anderen Faktoren vorhanden sind, die eine solche günstigere Stellung erlangen, dann würden auch die Industriellen doch trachten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichmäßiger zu regeln, als wie dies bis jetzt der Fall ist. Es ist ganz gleich, welche Branche der Weißglasholzindustrie wir berücksichtigen, in jeder Branche sind die Verhältnisse zerstört.

Bei weiteren früheren Verhandlungen und beim Abschluß der Weißglasholzindustrie hatten wir einen einheitlichen Stücklohn festgestellt. Dieser, der zur Berechnung der Stücklohnsumme dienen sollte, war sowohl nichts Neues, aber immerhin war ein Gehalt und gewissermaßen damit auch die Grenze gegeben, bis zu der der Verdienst des Allgemeinen Arbeiters heruntergehen konnte. Unsere damaligen Wünsche, diesen Stücklohn als einen Mindestlohn festzulegen, scheiterten, und wir brauchten uns hem nicht sehr darum zu beklagen, ob wir damals nicht noch größeren Nutzen hätten auswenden sollen. Eine Reihe von Jahren liegt nun hier, und die späteren Verhandlungen, die unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse keinen größeren, vor allem nicht einen wesentlichen Fortschritt ermöglichten, haben sich durch kleinen Abholz, der im Stücklohn bestand, nicht getan. Heute geht alles in den meistens Bezirkssummen unter.

Wie weit die Herrschaft geht, haben uns besten Verhandlungen gezeigt, die in Sachsen mit dem Ziel standen, eine bauartliche Substanz zu erhalten. Dabei stellte sich heraus, daß die Verdienste der Glasmacher schwanken zwischen 22 bis 25 Pf. pro Woche, die Verdienste der Kühlbehälter zwischen 20 bis 25 Pf. pro Woche, die Verdienste der Kühlbehälter pro Tag von 8.15 Pf. bis 1.62 Pf. Dann war bei diesen Kühlbehältern die Bezeichnung noch größere Unterschiede bestanden, die sich aus der Art der herzustellenden Produkte und der Geschicklichkeit des einzelnen Arbeiters ergeben. So sind die hier erzielbaren Verdienste darunter als außerordentlich ungünstig zu bezeichnen. Gegenüber gestellt wurden aber die nachstehenden Zahlen. Die Verdienste der Kühlbehälter schwanken in der Verhandlungsgruppe I, das ist Sachsen, von 16 Pf. bis 2 Pf. pro Woche. In diesen Zahlen zeigt sich der ganze Verlust an der augenblicklich bestehenden Verhältnisse.

Diese Frage waren eben nur möglich, weil eine Bezirksabstimmung keine und die einzelnen Betriebe für sich abstimmen durften, trotzdem die Verhandlungen für die Schaffung eines Stabesabstimmung und ich zu gegebener Zeit mit voller Freiheit eingeschritten werden können, so zeigt das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zusammenhang in der Industrie fehlt.

Eigentlich waren auch nicht ganz so trug, und die Unterschiede waren das einzige Verhältnis zwischen den beiden. Insofern eine Verhandlung überhaupt möglich ist, so kann es natürlich, daß die Verhandlungen für die Schaffung eines Stabesabstimmung und ich zu gegebener Zeit mit voller Freiheit eingeschritten werden können, so zeigt das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zusammenhang in der Industrie fehlt.

Der andere wird es zweimal sein, daß die Beziehungen,

die der Betrieb hat, sein leichter Eindruck, daß es nicht

möglich ist, eine Verhandlung überhaupt möglich ist, so zeigt

das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zu-

ammenhang in der Industrie fehlt.

Der andere wird es zweimal sein, daß die Beziehungen,

die der Betrieb hat, sein leichter Eindruck, daß es nicht

möglich ist, eine Verhandlung überhaupt möglich ist, so zeigt

das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zu-

ammenhang in der Industrie fehlt.

Der andere wird es zweimal sein, daß die Beziehungen,

die der Betrieb hat, sein leichter Eindruck, daß es nicht

möglich ist, eine Verhandlung überhaupt möglich ist, so zeigt

das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zu-

ammenhang in der Industrie fehlt.

Der andere wird es zweimal sein, daß die Beziehungen,

die der Betrieb hat, sein leichter Eindruck, daß es nicht

möglich ist, eine Verhandlung überhaupt möglich ist, so zeigt

das augenblickliche Verhältnis doch nicht klar, daß der Zu-

ammenhang in der Industrie fehlt.

ringere Sätze haben und dann aber auch keine festgelegten Zeitsätze, sondern einfache Grundlagen für die Arbeitsberechnung.

Die Stellungnahme der Industriellen widert uns nicht. Es ist für die Herren unangenehm, wenn keine Zeitsätze bestehen, weil dann zu klar zutage tritt, wie schlecht die Glasarbeiter entlohnt werden. Da in Sachsen zum Teil 8 Stunden, zum Teil 8½ Stunden gearbeitet wird, so schwanken die Standardarbeitszeit bei Auffordern bis 98 Pf. bis 108 Pf., wenn man die vorgenannten Durchschnittsverdienste untersucht. Wenn man den von uns vorgeschlagenen Zeitsatz, der sich ergibt, wenn man 15 Prog. Auffordersatz berechnet, dann würde ein Zeitsatz von 8½ bis 98 Pf. herauskommen. Auf welche Höhe könnte die Glasindustrie dann allerdings nicht stolz sein, und so sieht sie es vor, bei Verhandlungen lieber mit Spesenlöhnen zu operieren.

Auch in den übrigen Bezirken werden aufzustellende Verhandlungen an ähnlichen Stundendiensten führen, zum Teil werden die Verdienste noch bedeutend niedriger sein. Wir fragen die Industriellen: Wenn es richtig ist, daß der Arbeitslohn einen so wichtigen Faktor im Herstellungspreis bildet, wie ist es dann möglich, daß die Industriellen Interesse an diesen Unterschieden hat? Welche Beratung besteht, den einen Betrieb auf Kosten des anderen zu bevorzugen? Der Arbeiterschaft könnte es gleich sein, wenn die Industriellen sich gegenseitig derartige Konkurrenzmöglichkeiten geben, wenn nicht leipziger Endes immer wieder der Arbeiter den Schaden dieser Konkurrenzfaelle zu tragen hätte. Nun wieder aber zeigt sich, daß der Fabrikant in dem einen Bezirk sich auf die billigen Preise des Unternehmers im anderen Bezirk beruft, um damit der Arbeiterschaft eine Herabdrückung der Stücklohnsätze schmackhaft zu machen.

Dem Hüttenhofpolitiker mag es für seinen Geldbeutel richtig erscheinen, Jugendfürsorge zu erringen, für den aber, der wirtschaftlich die Dinge betrachtet, sieht die Sache anders aus. Eine Industrie, die trotzdem sie organisiert ist, ihren einzelnen Mitgliedern gestaltet, durch Staatsbank an der Arbeitsmarkt auf dem Weltmarkt die Preise immer tiefer zu drücken, ist schlecht geführt, oder die Organisation ist zu schwach. Planmäßiges Arbeiten der in der Industrie Beschäftigten in Gemeinschaft mit ihrer Organisation muß dazu führen, die in den stark unterschiedlichen Löhnen liegenden Möglichkeiten zu einer Schmiedekonkurrenz zu befreien. Dieser Aufgabe müssen wir uns unterziehen.

Wir wissen, daß ein solches Streben auf starken Widerstand stoßen wird, und wir müssen damit rechnen, daß schwere Kämpfe die Folge sein können. Erst alledem müssen wir die Arbeit beginnen. Der Erfolg soll der Lohn unserer Tätigkeit sein. Einem derartigen Erfolg kann aber nicht die Organisationssführung allein erzielen. Notwendig ist der feste Willen der Arbeiterschaft, solche Kämpfe aufzunehmen. Notwendig ist eine Geschlossenheit der Arbeiterschaft. Ausbau der Organisation, Heranbildung aller Interessierten, Aufmunterung der Kleinstmütigen, Stärkung des Willens, das gesteckte Ziel zu erreichen, das ist die Aufgabe, die unseren Kollegen im Lande gegeben ist. Der von einem unerschütterlichen Willen getragene Kampf im Jahre 1925 war nur als nachdrückendes Beispiel für uns jungen siegen. Was die Kollegen in der Kooperation tun können, kann jetzt geschehen. Das erreichbare Ziel ist aller Anstrengung wert.

G. G.

Gegen dieses Urteil des Oberversicherungsamts Würzburg hat die Glasberufsgenossenschaft Rechts beim Reichsversicherungsaus in Berlin angemeldet. Sicher werden einige Monate vergehen, ehe das Reichsversicherungamt einen Termin zur Verhandlung festsetzt. Wir wollen hoffen, doch inzwischen der Reichsarbeitsminister unsere Denkschrift vom 28. Dezember 1926 durchgesieht und inzwischen bestimmt hat, daß alle die Glasarbeiter, die nach der Verordnung vom 12. Mai 1925 in ihrer Gewerbstätigkeit so beschränkt werden, daß sie in der Glasindustrie nicht mehr arbeiten können, entschädigt werden müssen, selbst wenn ihre Erkrankung vor dem 12. Mai 1925 erfolgt ist.

Dann ist noch in dem Urteil zu finden, daß Jahreszahlen

verwechselt wurden. Die 100 ist nicht vom 12. Mai 1926

sondern vom 12. Mai 1925. Es ist auch nicht gut möglich, daß

ein im August 1926 am linken Auge erkrankter Glasmacher

wegen dieser Erkrankung schon seit August 1925 erwerbsunfähig

sein kann. Auch in diesem Falle muß es sicher 1925 belegen;

denn der Betroffene begab sich ja schon am 28. August 1925 in die Behandlung der Universitätsklinik, wo der Glasmacherstar auf dem linken Auge festgestellt wurde.

G. G.

Betrieb voll besetzt!

Auf der Glasfabrik in Rödental, Kr. Crossen, sind alle Stände voll besetzt und eine ganze Anzahl Besitzerarbeiter vorhanden. Leider haben wir auch eine Anzahl Glasarbeiter und arbeitslos am Ort. Diese Kollegen haben der Betriebsleitung in Rödental nicht gekämpft, und so mussten sie den Betrieb verlassen. Das Vorgehen der diesigen Betriebsleitung gegen missliebige Kollegen steht ganz in den Rahmen der Manieren, die die Fa. Stralaue Glashütte, Kr. Crossen, auch auf den anderen Werken zeigt. Unser Pächter muss ja, daran zu achten, daß nicht eher fremde Arbeiter auf dem Werke Arbeit annehmen, bis nicht die noch arbeitsfähigen Kollegen wieder in Arbeit stehen; und wir ersuchen deshalb alle Arbeitssuchenden, sich stets erst an den Führer unseres Arbeitsnachweises, Kollegen Wilhelm Zahn, Rödental (Wohnhof), Kr. Crossen, zu wenden, ehe Werke an die Firma geschrieben werden.

Arbeitsnachweis in Mitteldeich.

Für Glas- und Porzellanarbeiter ist in Mitteldeich ein Arbeitsnachweis errichtet worden. Die Kollegenhaft im Reich möchte davon Kenntnis nehmen. Wer etwa dort Arbeit annehmen will, muß sich beim Arbeitsnachweis erkundigen. Anschriften sind an den Kollegen Josef Siller, Mitteldeich abzurichten.

Meidet Zugang!

Bei der Firma Eselsglasfabrik Rajecar in Serbien sind die Beitragsverhandlungen gescheitert. Die daraus entstandenen Differenzen bedingen, daß Zugang von Rajecar fortgehalten wird. Also, sich nicht durch Angebote verlocken lassen, nach Serbien zu wandern.

Wichtige Entscheidungen stehen bevor.

Bei den diesmaligen Tarif-, Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen geht es um wichtige Entscheidungen. Jeder Porzellanarbeiter und jede Arbeiterin muss darüber im klaren sein. Es geht weniger um geringe Lohn und um Arbeitszeit, als um Lebensfragen und Kulturnotwendigkeiten der Arbeiterschaft. Leider will das eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen nicht einsehen. Ein großer Teil von ihnen kümmert sich nur darum, wenn für ihn persönlich etwas dabei herauskommt. Von ihrem Standpunkt haben sie recht. Aber bei Entscheidungsfragen hängt das Schicksal des einzelnen ganz von den Machivierhälften der Gesamtheit, der Organisationen, bzw. der freien organisierten Arbeiterschaft ab.

Hoffentlich sind sich organisierte wie unorganisierte Porzellanarbeiter darüber klar, daß die Unternehmer weder persönlich noch insgesamt einen geringen Ansatz oder sonstige Rechte gewähren. Und wenn sie aus durchsichtigen Gründen noch so oft betonen: Ja, wenn der Tarif nicht wäre, würde ich euch gerne entgegenkommen.

Also: Entgegenkommen bei den kommenden Verhandlungen nicht zu erwarten, aber um so mehr Gedanken, Sammeln, Werbungen, und schließlich — Droppen.

Nicht einschüchtern lassen.

Macht den Fabrikanten, Direktoren, Betriebsleitern und "Obere" verständlich, daß die Lebensmittel, die Kleidung, Kohlen, Öl, Wiese und sonstiger Bedarf erheblich teurer geworden sind und daß die Dinge von Woche zu Woche weiter steigen. Der Fuder um 4 Pfennig das Pfund, das Brot um 6 bis 8 Pfennig der Liter (vielleicht ist es auch noch kleiner geworden), in Bayern um 2 bis 4 Pf. der Liter, die Butter um 20 bis 30 Pf. das Pfund, und mit ihnen die vielen anderen Bedürfnisse. Die geplante Steuerung der Mieten wird weitere Verteuерung der Lebenshaltung noch sich geben. Und außerdem muß sich aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen das Einkommen der Arbeiterschaft erhöhen.

Es erwarten also einmal die Gesundheits- und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu einer Verbesserung der Verdienste, dann die Verteuерung der Lebenshaltung und die ungenügende Haushaltung.

Das sind drei Faktoren, die bestimmend sind.

Mit Streitgerichten, Amtsgerichten, Schimpfen, Verhöhung, wie für kommunistische Parteien, kommen wir nicht vorwärts und werden wir nichts erreichen, denn die Unternehmer machen sich alle Schwächen der Arbeiterschaft zunutze.

Deshalb zeigt gewerkschaftliche Geschlossenheit, steht bereit!

Die Führung hat nur eine Stelle, und zwar die Branchenleitung, bzw. die Verhandlungskommission in Verbindung mit dem Hauptvorstand.

Nebenproduktion oder mangelnde Kaufkraft.

Die Porzellangeschäftsfabrikanten streben die Kontingenziertigung ihrer Stabellartikelproduktion. Die Vorbeugungen in den lokalen Unterorganisationen laufen zum Abschluß. 130 Fabrikanten waren daran beteiligt. Die Vertreter der Unterverbände werden in diesen Tagen in Berlin zusammenkommen und über das System der vorzunehmenden Produktionsregelung beraten. Eine Pressemitteilung besagt: „Ob jetzt bereits eine abschließende Regelung erzielt werden wird, läßt sich noch nicht beurteilen, jedoch besteht in den beteiligten Kreisen die feste Absicht, das gesteckte Ziel weiter zu verfolgen, so die zurzeit in der deutschen Porzellansindustrie immer noch herrschende Nebenproduktion und die überschüssige Arbeitsmehrheit eine Regulierung der Produktion von Stabellporzellan verlangt.“ Auch der Kartellbader Verband, der die 130 Fabrikanten Porzellansfabriken umfaßt, arbeitet in der von dem Verband deutscher Porzellansiedlungen angestrebten Richtung und mit ihm hand in hand, so daß man hier den Beginn von Verschärfungen zu einer internationalen Produktionsregelung — wenigstens der europäischen Porzellangeschäftsfabrikation — erahnen kann.“

Die Porzellangeschäftsfabrikanten haben es eilig mit ihrer Sonderabstimmung. Wenn aber immer wieder von ihnen auf die Überproduktion verwiesen wird, so muß doch demgegenüber festgestellt werden, daß weniger eine Überproduktion als Mangel an Kaufkraft vorliegt. Natürlich macht sich in der Porzellansindustrie durch den Ausschluß der Wirtschaft im Süde und Rheingebiet eine erhebliche Belastung bemerkbar. Wie stark wurde sie wohl sein, wenn sich in ganz Deutschland die Ver-

Gründe:

1920 wurde Zippert am rechten Auge wegen Stors operiert. Am 11. August 1925 legte er die Arbeit als Glasmacher aus, begab sich am 28. August 1925 in die Behandlung der Universitätsausgebaute hier, welche auf dem linken Auge Glasmachertumor feststellte.

Der Vorbescheid lehnte die Gewährung einer Rente ab, weil nur die Glasmachertumor zu schädigend würden, die noch dem 30. Juni 1925 zum ersten Mal in Erscheinung getreten ist. Am 28. August 1925 erobert Zippert rechtzeitig Verurteilung — möglich geland, daß das linke Auge im August 1925 erkrankt ist und auch das rechte Auge in gleicher Weise geprägt ist.

2. Die Verlogie hat dem Glasmacher als Kosten der Rechtsverfolgung im Spruchverfahren den Betrag von 6 Pf. zu erfordern.

Gründe:

1920 wurde Zippert am rechten Auge wegen Stors operiert. Am 11. August 1925 legte er die Arbeit als Glasmacher aus, begab sich am 28. August 1925 in die Behandlung der Universitätsausgebaute hier, welche auf dem linken Auge Glasmachertumor feststellte.

Der Vorbescheid lehnte die Gewährung einer Rente ab, weil nur die Glasmachertumor zu schädigend würden, die noch dem 30. Juni 1925 zum ersten Mal in Erscheinung getreten ist. Am 28. August 1925 erobert Zippert rechtzeitig Verurteilung — möglich geland, daß das linke Auge im August 1925 erkrank

hältnisse bessern und gar durch Lohn erhöhung die Kostefaktur wenden würde? Sicher wäre dann von Überproduktion kaum noch die Rede. Daraus geht deutlich hervor: Die deutsche Porzellanindustrie frankt nicht infolge der Überproduktion, sondern infolge ungenügenden Absatzes. Deshalb sollte diesem Problem von den Porzellankünstlern und denen der anderen Industriellen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die deutschen Industriellen tunerten so: Sie bauten erst viele Fabriken. Als diese fertig waren, haben sie sich um, ob ihre Produkte an den Markt gebracht werden könnten. Das war nicht möglich, weil das Einkommen der Millionen Arbeiter und Angestellten nur zum notdürftigen Lebensunterhalt reicht. Als solche Wahrnehmung etwas reichlich spät gemacht war, gingen die „Weisen“ daran, Fabriken stillzulegen, trotzdem kaum erzeugendes Kapital vorhanden ist. Die deutschen Kapitalisten hielten sich ihre „genialen Ideen“ bei den Regierungen patentieren lassen. Und die Porzellanschaffensabrisanten beneiden wir um ihren „Geist“. Sie finden sicher noch bei ihren Kontingentierungsberechtigungen das Ei des Kolumbus. Wenn man diese Maßnahmen beobachtet, dann kommt man zu der Auffassung: Die wirtschaftlichen Ideen der ehemaligen Ritterkunstler sind weit über denen der gegenwärtigen Wirtschaftsführer. Sie dachten wenigstens über Dinge etwas nach und gaben es Ruhe, aber diese schablonisierten ja nur, was ebendem im Profitinteresse des Kapitalismus mit dem Hilfsmittel der Diktatur nach Eisenhartmethoden durchgeführt wurde.

Es wäre an der Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft diesen Wirtschaftsführern das Handwerk legte.

Bewußte Gewerkschaftsschädigung.

Die kommunistische Parteibewegung brachte der Gewerkschaftsbewegung schon manchen Schaden. Man denkt nur an die einstmalige Parole: „Kaus aus den Gewerkschaften!“ in der Inflationszeit, als die Unternehmer zum Angriff gegen die Gewerkschaften vorgingen. Die Millionen auf die Weise heraußgeholt, irrgeschäfteten Arbeiter und Arbeitnehmer fanden zum größten Teil heute noch draußen und bilden direkt die Schutzeinheit des Unternehmers, teils als Gleichgültige, teils als Vertragsgemeinschafter. Über all die Tatsachen eine Anzahl kommunistischer Zeitungsschreiber nicht ruhen, ihren Blättern immer wieder die Hebe gegen die Gewerkschaften aufzuweisen. Ein belohnendes Kapitel arbeitsschädigender Art verbrach die „Neue Zeitung“ in Zeitschriften den ernsthaften Vorstoß unserer Kahlaer Drehervarb Gießerfolgen lächerlich, unterbreitete dem Unternehmerin die Maßnahmen, die von den Kollegen gewollt waren und schimpfte die Kollegen, die ihr ganzes Können daran sezen, er Kahla-A.-G. bestreite Lohn- und Arbeitsbedingungen abzugeben. Ein Denunziant unter der Kollegenschaft kann den Porzellinern bei ihren Bewegungen, wo um folglich schwere Entwicklungen gerungen wird, nicht solchen Schaden zufügen, wie durch die verleumderische Schreibweise der „Neuen Zeitung“ rutschte wird. Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder sollten endlich diesem schädigenden Treiben Einhalt tun und dafür sorgen, daß ihre Presse dem Unternehmertum nicht Mittel in die Hand gibt, die bei den bewirkenden Tarifverhandlungen gegen die künftige Gewerkschaft verwandt werden.

Die Zabstelle Kahla nahm bereits zum Denunziantenwesen der „Neuen Zeitung“ in ihrer Generalversammlung Stellung und legte unter Zustimmung auch der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder ihre Aussage in folgender Enthüllung nied:

„Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung des Dreh- und Gießerpersonals der Porzellanfabrik A.-G. Kahla, hat die „Neue Zeitung“ in der Nr. 8 vom 11. Januar d. J. einen Artikel gebracht, der wieder an Bekleidungen und Verdächtigungen der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben und des Zabstelleangestellten strotzt und geeignet ist, weiter das Ansehen der genannten Funktionäre zu schädigen und das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder zu den Funktionären zu erschüttern. Daß sich solche persönlichen Gewalttaten nur zum Schaden der Organisation auswirken, haben die Mitglieder aus vielen Beispielen erkannt und sprechen diese über die „Neue Zeitung“ das Urteil. Mehr über noch, als die persönlichen Bekleidungen und Verdächtigungen der verantwortlichen Funktionäre muß es arbeitsschädigend wirken, wenn sich die „A. Z.“ zu am Denunzianten bei der Betriebsleitung der A.-G. Kahla, aufgeschwungen hat. In stark hervorgehobenen Zeilen benannte dieses Blatt in dem genannten Artikel, daß sowohl der Verbandssekretär, Kollege Karl aus Charlottenburg, als auch der Zabstelleangestellte zu Lohnforderungen aufgeschwungen haben.

In dieser Denunziation erhält die Zabstelle Kahla den Gipfel der Schädigung von Arbeitserlösen. Hat doch die Betriebsleitung bei der letzten Auseinandersetzung über die eingereichten Forderungen mit dem Betriebsrat bereits auf diese Denunziation Bezug genommen und die Angaben in der „Neuen Zeitung“ als wahr unterstellt. Die Betriebsleitung der A.-G. Kahla, hat ihr ablehnendes Verhalten bei den letzten Verhandlungen auf diese unmahnen Denunziationen mit gestuft und erklärt, daß die Arbeiter im Ernst gar nicht hinter diesen Forderungen ständen, sondern es seien mehr Forderungen der Funktionäre“.

Die Zabstelle Kahla brandmarkt das Treiben der „Neuen Zeitung“ als verdeckten Arbeiterrat und spricht noch allein, was bereits vorausgegangen ist, der „Neuen Zeitung“ das Recht, weiter noch von Vertretung von Arbeitserlösen zu reden und sich als Arbeiterrat zu bezeichnen. Ihren Verbandsfunktionären spricht die Zabstelle noch besonders ihr Vertrauen aus.“

Wir haben dieser Brandmarkung eines angeblichen Arbeiterrates nichts hinzuzufügen.

Das Porzellan-Café.

Nicht weit vom Voßdamerplatz, dem Hauptverkehrsknotenpunkt Berlins, Ecke Bellevuestraße und Kembergsplatz, ist ein neuer Palais erbaut worden. Der bekannte Südbörsische Palast am Schottenkai hat, unterstützt von den berühmtesten Raumkünstlern Berlins, Räume geschaffen, die bei der Eröffnung von der Presse und in der Öffentlichkeit höchste Anerkennung gefunden haben. Modernste Innenausbaukunst im Verein mit der Verwendung edelster Materialien haben einen vornehmsten Repräsentation, haben aber doch industrielle Wirkung zu fordern. Besonders ein Raum hat im Publikum das größte Interesse gefunden: das von den staatlichen Porzellankunstlern Kahla und Rosenthal gestaltete Berliner Porzellankabinett. Ein Beweis höchster Kunstverständiger Leistungsfähigkeit, die der Berliner Porzellankunst, insbesondere Herr Walter, alle Ehre macht. Mit weiserer Hand hat eine ganze Sammlung verschiedenster Formen, von einer Reihe Urbino-Schlüsseln mit den Köpfen der bedeutendsten Künstler und Gelehrten des alten Berlin, seiter grohe Säulen mit Gemälden aus der friderizianischen Zeit, Berliner Stadtbilder und Meubeldarstellungen aus der Zeit des Empire hin. Der berühmte Berliner Humor Gladkrennerischer Prägung wird in Bild und Text ebenfalls in Porzellan vereint, zu noch eine Anzahl kleinerer Genrebildern und Vogel nach Stichen. Muß zu vergessen die Kronleuchter aus Bronze, besonders geschmackvoll angebrachte Porzellankunst und modernen Reliefsornamente an den Seitenwänden der Halle. In einer Zeit, in der man der gebiedenen Porzellankunstler immer weniger Interesse oder Verständnis entgegenbringt, ist die Herausstellung dieser überaus gelungenen Ma-

teien zweifelsohne ein großes Verdienst. Die arg danebenliegende Porzellankunst kann jede anregende Werbung wohl gebrauchen. Untere weitere Kollegenschaft ist weiter befestigt an dem Tanzraum, dessen Wände ganz in Alabaster gehalten sind, und mit einem großen, dauerhaft gelungenen Kristalleuchter im Hauptraum. Vielleicht läßt sich auch an anderen Orten dieses hier gegebene Beispiel nachahmen. Nicht nur im privaten Haushalt, sondern auch in den Gaststätten sollte man Geschmackstutur pflegen. Man erfüllt damit nicht nur einen kulturell-ästhetischen Zweck, sondern bringt auch vielen Künstlern und Handwerkern Arbeit. In der Hauptstadt schreibt das Streben nach Schaffung repräsentativer Lokale besonders stark ausgeprägt. Das dürfte viel mit daran liegen, daß es einem sehr großen Teil der Menschen aus bekannten Gründen kaum möglich ist, Wohnungskultur zu treiben. Das elegante Palais soll das dürftige oder gar nicht vorhandene Heim für Stunden ersetzen. Freilich — und das ist das Manfa an solchen Einrichtungen — ein Haus von der Art des hier besprochenen ist nicht auf jedermann's Besuch eingerichtet. Außer der besonderen Art Arbeitssloser, die sich hier zum Betrieb und Klirr zusammenfinden, kann sich nur ein beschränkter Teil der Erwerbstätigen den Besuch leisten. Wie viele, die wohl das Verständnis mitbrachten, müssen sich aus finanziellen Gründen den Genuss versagen. Es mag auch hier so liegen, daß die schönen Dinge schaffen, kommen am wenigsten dazu, sich daran zu erfreuen. Und doch wäre ihnen, besonders unseren keramischen Kollegen, zu wünschen, daß sie sich an diesem Dokument der Leistungsfähigkeit unserer heutigen Porzellankunst recht oft erfreuen könnten. H. R.

Über Stundenumwesen in Sels.

Gegen die Selber-Porzellanfabriken, die dem Überstundenumwesen aus bestimmten Gründen freie Bahn gewährten, wurde Anzeige eröffnet. Sie wurden darauf mit einem Strafbescheid bedroht und zahlten auch die dafür Mark Strafe. Nur der Prokurist G. R. bei der Firma Weiß & Co. in Sels erhielt Einspruch und beantragte gerichtliche Entscheidung. Bei dieser Verhandlung stellten sich nun recht eigenartige Dinge heraus. Groß brachte nämlich Zeugen aus seinem Betriebe mit, aus deren Aussagen gerichtlich festgestellt wurde, daß sie (die Zeugen: Arno Weiß und Erhard Hirsel) vom März bis November 1926 durchschnittlich über 79 Stunden in der Woche arbeiteten, ja, daß manchmal über 100 Stunden in der Woche gearbeitet wurde. Die Benannten gaben an, daß die lange Arbeitszeit durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt gewesen sei, und daß sie die Überstunden freiwillig geleistet hätten, da ihre Tariflohn zu gering sei und sie mit diesem ihrer Familien nicht erhalten könnten. Organisiert waren die beiden Entlastungszeugen natürlich nicht.

Es ist überaus traurig, wie Unternehmer Arbeiter behandeln. Erst werden diese so hinterherum veranlaßt, Überstunden zu machen und dann werden sie zur Entlastung zum Gericht geführt, um sich zu blamieren und um der Unternehmenschaft den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter ja gern Überstunden machen. Allerdings schränkt in diesem Falle die beiden unorganisierten Unternehmerschülzlinge ihr angebliche Freiwilligkeit dadurch ein, daß sie sagten, der niedrige Lohn sei eigentlich die Ursache zu ihrer „Freiwilligkeit“ gewesen. Die Unternehmer werden mit dieser Freiwilligkeit schlechte Geschäfte machen.

Aber was uns an der Sache noch wichtig erscheint, ist die Aussage über den geringen Tariflohn. Wenn schon unorganisierte Arbeiter im Weise eines Firmenvertreters diese Tariflohn befunden, unter Umständen vor sie den Prokurist mit draufgeholt, dann muß es schon wahr sein, und die Porzellankunstler hätten Ursache, dem Nebel abzuhelfen. Aber auch den Unorganisierten muß entgegengesetzt werden, daß der sogenannte Tariflohn nur Mindestlohn ist. Der Arbeitgeber hätte ihnen schon mehr geben müssen, wenn sie bei ihrer zuständigen Organisation Rückhalt und Stütze gesucht hätten.

Den beiden Organisationsvertretern und ihrer Firma ist die Blamage zu gönnen. Die Arbeiterschaft in Sels sollte lernen, daß sie von ihrer Minderleistungsfähigkeit zum Keramischen Kunden keinen Nutzen hat, daß sie ungenügend bezahlt und bei Gelegenheit noch blamiert und verhöhnt wird.

Gute Versammlungserfolge.

Der Kollege Albin Karl vom Bundesvorstand hielt im Bezirk der Zabstelle Sonnenberg-Kohlung und Umgebung vom 14. bis zum 22. d. M. eine Anzahl Werberversammlungen ab. Die im Koberger Bezirk abgehaltenen Versammlungen waren trotz des sehr schlechten Wetters durchweg gut besucht. Der Kollege Karl verstand es vorzüglich, den Anwesenden klarzumachen, was für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Wenn es nicht gelingt, so sagte er, die Gleichgültigkeit abschütteln und die alte Schlagkraft der Organisation wieder herzustellen, dann wird die Verhandlungskommission bei den nächsten Tarifverhandlungen einen besonders schweren Standpunkt haben. Dabei ergänzte er die Forderungen der Unternehmer bei den letzten Tarifverhandlungen und stellte diesen die Forderungen der Kollegen aus den Betrieben gegenüber. Soll ein gutes Resultat bei den nächsten Verhandlungen erreicht werden, dann muß mit aller Kraft der Ausbau der Organisation vorgenommen werden. In allen Versammlungen wurden Neuaufrütteln gemacht und war die Stimmung eine komlose. Nicht in einer Versammlung wurde den Ausführungen des Kollegen Karl widersprochen.

Bei der am Sonntag darauf vorgenommenen Haussitzung in Oschatz und Einbeck wurden in kurzer Zeit über 40 Neuaufrütteln gemacht. Es geht wieder vorwärts, drum auf zu neuer Tat.

Nationalisierung in der Zementindustrie.

Über „Das Nationalisierungsproblem in der Zementindustrie“ wurde in der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. Januar 1927 von Rod Seite geschrieben, daß sich die Konzentration in der Zementindustrie auf äußerst kostspielige Weise vollziehen soll. Während sich die Zusammenschlüsse in anderen Industrien auf vollkommen freiwilliger Basis vollziehen, ohne Rückicht auf schwache, unrentable Betriebe, vollzieht sich die Konzentration in der Zementindustrie durch kostspielige, die Produktionskosten belastende Ausläufe und Stilllegungen.

Dabei sei die Errichtung neuer nicht syndizierter Betriebe nicht einmal ausgeschlossen. Der Artikel schreibt in der Meinung, daß die heutige Organisation der Zementindustrie nicht den höchst erreichbaren privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Effekt gewährleiste. Es wird dann geschlussfolgert, wie durch die Syndikatsbildung et cetera die leistungsfähigen Werken nicht möglich sei, ihre Betriebe voll auszunutzen. So könnte in einem Betriebe infolge der Konkurrenzierung der Betrieb nur zu 60 Proz. der normalen Produktion ausgenutzt werden trotz moderner Anlagen und mittlerer Frachtkosten. Es wäre dem bestreitenden Werk möglich gewesen, eine wesentlich geringere Produktion abzulegen. Dagegen sei durch das System der Ausgleichskassen, bei dem Werk, die ihre Verlustbeträge nicht erreichen, Entschädigungen erhalten, möglich, daß Werke mit ungünstiger Frachtlage, geringwertigem Rohstoffangebot erhalten bleiben.

Durch dieses System produzierte und verkaufte die Zement-Industrie im ganzen teurer, als bei vollem Ausdrückung der leistungsfähigen Fabriken im freien Wettbewerb nötig wäre. Eine Herabsetzung des Preises wäre je nach Möglichkeit, das müßte schon daraus geschlossen werden, daß die Zementindustrie seit der Kriegszeit technisch tatsächlich vereinfacht und damit vertiligt werden könnte; ferner daraus, daß trotz der Zerstörung der Kräfte,

infolge der Preisermittlung der Syndikate, die Rentabilität im allgemeinen eine überdurchschnittlich gute ist, ganz besonders bei den günstiger arbeitenden großen Werken, die nicht nur die eigenen Nutzen und die eigene gute Gewinnrate herauswirtschaften, sondern noch die Nachteile der wenigen rentablen Betriebe und den Aufwand der kleinen Werke tragen können.

Der Artikel schreibt in der Meinung, daß die deutsche Wirtschaft bei einer Ära der Baumwolle nicht auf eine angemessene Gestaltung des Kreises einer der wichtigsten Baumwolle verzichten könnte. Es richtet eine Wladimir an die Zementindustrie, sich zu überlegen, ob die jetzige Form ihrer Organisation, die durch den Kartellvertrag der Syndikate untereinander noch vertreten wurde, noch auf so lange Dauer, wie sie die Syndikatsverträge anfündigen, tragbar sei.

In dem oben beschriebenen Artikel wird ausgegeben, daß die Zementindustrie heute bedeutend billiger arbeiten kann, wie vorher, weil sie technisch vereinfacht und verbessert wurde. Es liegt also im wesentlichen an der Syndikatspolitik, wenn entsprechend dieser technischen Verbesserung und Vereinfachung heute noch nicht dazu übergegangen ist, die Preise entsprechend zu senken. Daß die Zementindustrie ihre Produkte bedeutend billiger auf dem Markt abgeben könnte, wird durch den Artikel nur bestätigt. Wir wünschen das ja ebenfalls aus. Wir sind aber auch der Meinung, daß die Zementindustrie nicht nur ihre Produkte billiger abgeben, sondern auch bedeutend höhere Löhne, wie jüngst zahlen könnten, ohne daß die Wirtschaftlichkeit darunter leidet.

Die Zementarbeiter haben alle Ursache, ihre Organisation, den Fabrikarbeiterverband, Abteilung Karlsruhe und Wadgassen, zu stärken, damit sie einen größeren Einfluß auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten wie bisher.

Bisher hat die Nationalisierung in der Zementindustrie weder für die Allgemeinheit, noch für die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft Vorteile gebracht. Damit nicht nur ein kleiner Kreis Kapitalgelehrter den ganzen Nutzen einheimst, müssen auch die Zementarbeiter mitarbeiten und den letzten Zementarbeiter der Organisation zuführen. Nur dann werden auch ihre Interessen und die der Allgemeinheit am besten gewahrt werden.

W. M.

Der Dank des Hauses ist auch gewünscht!

Wie die Versprechungen der Arbeitgeber den Arbeitnehmern gegenüber, daß sie bei treuer Pflichterfüllung und langjähriger Dienstdauer auf den Danz und das Wahlvolk ihrer Brüder „rechnen können, zu bewerten sind, beleuchtet treffend nachstehender Fall:

In einer der größten Zementwaren- und Kunsteinbetriebe Berlins erhielten fiktiv über 60 Jahre alte Kollegen die Füllung zugleich mit der Mitteilung, daß sie weiter beschäftigt werden können, wenn sie damit einverstanden sind, daß ihr Lohn nach § 3 des Tarifvertrages um 20 Proz. verhängt wird. Fünf Kollegen waren alle langjährig, ja einer davon sogar 28 Jahre bei der Firma beschäftigt; darunter zwei Stammpfer, die noch nie in ihrer Leistung gegenüber den jüngeren zurückgeblieben waren und im Alter ihres damaligen Verdienstes erzielten hatten, wie die anderen. Einer hatte eine Berufsausbildung inne, während der dritte als Zimmermann beim Bauhauß dasselbe wie seine Kollegen leistete. Die Firma, die sich bei ihrem Vorgehen an den Tarifvertrag stützen wollte, vor diesen war sowohl heran, als er für sie sah, daß aber bei der Festlegung des Lohnes für Minderleistungsfähige einmal die geistige Betriebsverantwortung hinzugesogen, weitens in freier Verfügung der Betriebsrat und der Lohn vereinbart werden muß, glaubte sie nicht beachten zu brauchen. Von ihrem Verantwortungsleiter ließ sie die Klausel „freie Vereinbarung“ so aus, daß das Wort „frei“ so auszulegen wäre, daß sie frei von jeder Einmischung des Betriebs bestimmt können, ohne sich an den Tariflohn halten zu müssen. Die Firma lehnte es auch ab, als die Kollegen erst beim Betriebsrat und dann bei der Organisation Einpruch erhoben und die Gewerkschaft eine Verhandlung vorstieß, mit der Organisation zu verhandeln. Auf die Verhinderung des Gewerkschaftsvertreters war es zurückzuführen, daß die Firma die Entlassung um drei Tage hinauszögerte, dann über ein neues Schreiben an die Kollegen verantrat, in dem erneut die Füllung ausgeschritten wurde. In diesem Schreiben verlief sie, auch ihr Verhalten zu rechtfertigen, und betrafte einige Stellen treffend die Berufsausbildung des Firmenmitarbeiters. Sie schreibt, daß alle Überküsse wieder für den Betrieb verwendet werden und stellt dieses als einen Vorteil für die Arbeiterschaft hin, ohne gleichzeitig den Vorteil, den die Firma durch die Beträgerung des Betriebes und den Betriebserfolgs ihres Vermögens hat, einzugeben. Sie ist weiter der Meinung, daß die Kollegen um besten beurteilt können, ob und wieviel ihre Arbeitskraft im 40. Lebensjahr noch arbeiten hat; daß die Firma die Arbeitskraft der Kollegen in dieser Zeit ausgenutzt hat, verschweigt sie schamlos.

Drei Kollegen, die darauf behaupten, daß die Firma ihnen ihre Minderleistungsfähigkeit nachweisen sollte, wurden auch wirklich entlassen. Zwei dachten sich durch Zurede und konstanter Druck zur Einwilligung in die Entlassung durch „freie Vereinbarung“ bewegen lassen.

Durch Eingreifen der Verbandsleitung wurden die Kollegen wieder eingestellt. Vor dem bezirklichen Schiedsamt, das von der Organisation angerufen wurde, sah die Firma einsehen, daß ihr Verhalten nicht richtig war und führt ihren Standpunkt, daß die Gewerkschaft im § 3 des Tarifes nicht mitzurechnen habe, auf ein Widerspruch zurück. Da der daraus folgenden Verhandlung im Betriebe erklärte die Firma, daß sie sich überzeugt habe, daß die beiden Kollegen, die als Stammpfer in Frage kommen, nicht minderleistungsfähig sind, infolgedessen auch den Tariflohn weiter erhalten. Der Kollege mit der Vertragsstellung wurde in Wiederholung gestellt, der sich den Tariflohn anreißt.

Der ganze Fall kennzeichnet das Verhalten der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber. Wenn sie glauben, nicht mehr genug aus ihren Produkten herauszuholen zu können, dann weg mit ihm auf den Schuttdeponen, oder er muß sich dazu hergeben, Rohstoffe zu werden; auch wenn er noch voll leistungsfähig ist. Wären die Kollegen nicht so gut organisiert gewesen, wäre der Firma der Entschlag auf den Tariflohn gelungen; nur durch den Verband ist es verhindert worden. Darum muß es Aufgabe eines jeden Kollegen sein, für den Verband zu werden, damit auch die Kollegen in den Zementwaren- und Kunsteinbetrieben reflektiv dem „Keramischen Bund“, Sektion des Verbands der Fabrikarbeiter, zugeführt werden; erst dann werden die Angriffe der Unternehmer unterbleiben.

B. Klein.

Ganz wie in der Kriegszeit.

Soeben gibt es Unternehmer, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wie in der Kriegszeit einzuführen versuchen. Sowohl Tarifverträge bestehen, sind diesen Unternehmern Schranken gelegt. Doch liegen sie sich schwachsinnig zu halten bei Regelung der Gehaltsstellen, über die vorläufigen Bestimmungen vorliegenden Abmachungen Gewalt antesten wird, dann ist das nach Entlassung der Unternehmer nicht so schwachsinnig. Tarifvertrag kennen sie nur dann, wenn sie glauben, der Arbeiterschaft einen solchen nachweisen zu können. In diesen Firmen gehört die „Schmetterwerke“ dazu, G. m. b. H., in Wolfsburg.

Im § 21 des Reichsarbeitsvertrags für die Industrien der Steine und Erde, der für die schwerste Industrie im Reich Niedersachsen noch in Kraft ist, wird vorgeschrieben, daß die Arbeitnehmer und Bedingungen jedem Arbeitnehmer ausreichend

Dritte Deutsche Ziegelbau-Ausstellung.

On den Vereinigten Städtschulen für freie und angewandte Kunst, Berlin.

Das Material unserer Alt-Vorfahren steht schon 600 Jahre und mehr. Unser heutiges Backsteinmaterial "Klinker" ist in jeder Hinsicht viel höherwertig als jenes und wird ein mehrfaches Alter von jenem erhalten. Es liegt im Wesen des Backsteins, daß er zur soliden handwerklichen und farbigen Bauweise zurückführt. Gerade diese ist für unser norddeutsches, meernahes Landschafts- und Städtebild mit der ewig rauhen und grauen Wetterstimung so sehr nötig. Hier gerade brauchen wir nicht nur Farbe, sondern ihr seines Spiel, vor allem Licht- und Reflexspiel des Materials.

(Architect F. Höger im Ausstellungskatalog.)

Wer von der Feinkeramik kommt, wer durch lokale Berufsschulen und andere Bindungen nur an chemisch-technisches Interesse für formende Glasuren unerschwinglicher Vorschriften hat — wird, wenn er einmal eine "Fächer"-Ausstellung wie die obige besucht, nicht gelangweilt oder enttäuscht sein. Diese Ausstellung ist für Arbeiter schon deswegen beschönigend, weil — — — der Eintritt unentgeltlich ist und zur sachmäßigen Erfüllung der Architekt F. Höger im Katalog... Katalog lebenswerte, stolze Sache über neuzeitliches Bauen und die neu erwachte, neu erworbene Bedeutung des angedeutet "komplexen" Backsteins aufgeschrieben hat. Auch für Arbeiter.

Und es gibt vieles zu sehen, zu lernen, zu besprechen. Kunstfreunde, Bauleute und interessierte Leute werden speziell hauptsächlich die idealen Musterhäuser im Backstein, die Demonstrationsmodelle, Möbelstücke, Teilmodelle der ausdrückenden Keramik betrachten, auch viele Musterwarenläden feststellen und sogar einen — Konsipressor aus fürbiglosterter Vor hörer.

Lassen wir uns an diesem oft messeartigen Ausbau nicht täuschen. Er ist ja zunächst von der Industrie arrangiert und soll — wie eine Führernotiz befiehlt — als "Brücke zwischen Erzeuger und Verbraucher dienen". Auch Organisations- und Schönheitsbehörder dieser Schau sollen uns nicht behindern. Unser materielles Berufsbasis: die Keramik als notwendiger Bruttewerk, zeigt sich hier als erlebnisreiches Spiegelbild der Gegenwart, d. h. im Sinne proletarischer Weltanschauung!

Wir unterwerfen uns zunächst unbefangen unserem Euge und lassen uns ohne Führung vom Strom treiben. Wir glauben Höger aufs Wort, wenn er schreibt: "Die Bauweise ist zu allen Zeiten der Zukunftsfabrik jedes Volkes gewesen. So ist es auch noch heute, und wird es auch in aller Zukunft sein." Und wir haben das wissenschaftliche Schwert "Nationalisierung", wenn er meint: "Gerade aus wirtschaftlichen Gründen müssen wir gut edle und solide Bauweise zum Backsteinbau zurückkommen. Schon nach einigen Jahren zeigt sich, daß der alte gute Reparaturen und Anstreiche erfordernde Putzbau ganz bedeutend unökonomischer ist, als der solide und schöne Backsteinbau im edelsten Material." (Vom 2. den farbig glänzenden, vielfach getünchten Platten meint.)

Und am werden wir... Und vergessen ja nicht, die gezeigten Grabenphotographien recht eindringlich zu betrachten, die in den ausgestellten Musterhäusern in jüngster Zeit errichtet wurden. Eine zweite: wir sind gespannt, was höchste Interessen wir bei den erstaunlichen Bauweisen, sympathisieren wir bei den erstaunlichen, manchmal vielleicht zu norddeutschen Wuchs dieser Prachtbauten, die das Genie dieser Bau-

künstler meiste; spüren den energiegeladenen, sachlichen Geist dieser Architektur, dieses Stils, der trotz Spannung und Raumverteilung auch eine ästhetische Freiheit zu entwickeln vermag. Freuen uns — wenn wir naiv sind — daß der Prolet Arbeit hatte...

(Berliner Freunde mögen in dieser Hinsicht den ideal-anregenden Neubau des Bahnhofes Friedrichstraße mit Kennernaugen betrachten; er ist baukunstlich eine stille, informatorische Besichtigung nach Heizraumwert.

Kurz gesagt: wir d. h. wir Arbeiter, gehen keramisch mit dem Herrn Höger der Einführungsworte, wenn er klar und prophetisch schließt: "Die Kraft, die der Sache innewohnt, wird sie von selber in die Breite und Tiefe bringen."

Blödig aber — am Ausgang — da halten wir Kritik. Wir Ziegler, wir Körner, wir Keramiker, wir Arbeiter. Eigene Kritik.

Und müssen sagen: Was ihr Industriellen hier ausgestellt habt, ist gut, ist schön. Der deutsche Ziegler hat euch mit einem durchschnittlichen Wochendienst von ... Markt würdige kommerzielle Hochhäuser, Büro-Händelshäuser, behagliche Villen, eine in ihrer Art pompeose Börse (Essen a. d. Ruhr), einen reizvollen Lübecker Handelshof — Großraumstil u. b. vgl. hin gebaut. Sauber, in vornehmer Gegenwartskunst und in hochqualitativen Eisenstahlverbündern. Als ausführender Mitarbeiter.

Nun aber eine Frage.

Wo bleiben die Bauten, die an deren Barten, nach denen die armen, arbeitenden, leidenden Massen des Volkes hungern, wo bleiben die Großwohnhäuser (nicht Mietkasernen), die Gartenstädte mit Mehrfamilienhäusern für Werkstätte? Wo sind sie? Nur ein Lichtblick zeigt in Hamburg ein Bruchteilchen unseres erfüllten Rechtes.

Für Industrie- und Lohnbauten nicht unerwähnt auch der Skintopp blühen die Finanzen — — — die gesunde, neue Wohnung des Arbeiters ist angeblich unmöglich, weil — — — der Staats- und Kommunalräte leer ist...

Hier also zeigt sich das kapitalistische Schattenspiel dieser Ausstellung, hier spiegelt sich, ungewollt, das Unrecht dieser Gesellschaftsordnung.

Womit wieder einmal einfach bewiesen ist, daß der verpönte Begriff "Politik" uns, in seiner harten Notwendigkeit auf Schritt und Tritt auf die Zehen tritt. In seiner ganzen unerbittlichen Realität.

Nicht verschwiegen sei, daß die Ausstellung auch Antiquitäten und Vorbildbauten für Fabrikatlagen, auch kleinen Formates, gibt. Bauten, die verlängert, organisch und mit zweckmäßiger Rücksicht und Schönheit (ja: Schönheit!) den häblichen Wirtschaftsgebäuden der Kriegszeit und Gründerjahre zu befeißen. (Dieser äußere Geist steht allerdings in schrofem Gegensatz zu dem anorganischen im Innern dieser Fabrikräume.)

In memoriam: Wer einmal vorurteilslos vor den Gräbern der 34 Revolutionsgefallenen steht — draußen in Friedhofsfriedhof, dort, wo die Skelette von Rosa Luxemburg und Liebknecht ruhen — — — wem dort der massiv-mächtige Trost des Backsteins monumentales vor den Hügeln zuspricht, der sei still erinnert, daß hier der deutsche Ziegler einmal zu seinem, seinem sozialistischen Weltbild schuf.

Helmut Redlow.

dagen oder durch Antrag zugängig zu machen sind. Die Firma legt die Belehrung des Betriebsvertrages scheinbar nicht sehr oft erfahren die Arbeiter erst nach Beendigung der eingeladenen Arbeiten, was für ein Tag gezahlt wird. Ein solches System hat die Firma zweifellos große Vorteile. Zumal wenn die Arbeiter nicht, wie hoch der Verdienst ist. Sobald dann die Firma aber nach einem niedrigeren Aufwand zur Auszahlung bringt, wenn auch ihre Meinung der erzielte Lohn zu hoch gerechnet wird, soll Unter Berüfung auf den § 20 des Tarifvertrages, wonach die Aufschüsse zu begleichen sind, das bei vollwertiger Arbeit 20 bis 30 Groschen über den Stundenlohn erreicht werden kann, ist dieses nach Antrag der Firma möglich. Der Bezeichnung vollwertige Arbeit gibt die Firma die Absicht, daß sie berechtigt sei, Abzüge bis zu 5 Pf. und 10 Pf. vorzunehmen, wenn kleinere Schäden an den Arbeiten sind. Dabei wird nicht einmal geprüft, ob diese Schäden auf Verantwortung der betreffenden Arbeiter zurückzuführen sind oder nicht. Was mit den Strafgeldern gleich (Strafen werden bei den geringfügigen Verstößen gegen die Fabrikordnung in Höhe von 3 Pf. bis 5 Pf. verhängt, was niemand von der Belegschaft weiß). Die Abzüge an den Aufwand verdienten liegen restlos in die Taschen der Firma, da die Schadensersatz für minderwertige Arbeit kein tollen. Bei Fortsetzung der Arbeitszeit will die Firma der Belegschaft ihren Willen aufzwingen, obwohl im Betriebsvertrag geschäftlich vorgeschrieben ist, daß hierbei die gesetzliche Betriebsvereinigung ein Mitbestimmungsrecht hat. Um aus dem Arbeitsvertrag der Belegschaft auch noch Rücksicht zu ziehen, hat die Firma ein Lehrgangskonto eröffnet, nachdem die Belegschaft dreimal im Monat entlohnt werden soll und zwar darum, daß dies 10 Tage früher läuft. Obwohl der Betrieb auf solches beruhende Praktiken Einspruch erhoben hat, in dieses System bereits eingeführt. Vor dem sozialistischen Schiedsgerichtsgericht, der vom Betriebsrat angetreten werden wird, soll der Firma bestimmt gemacht werden, daß die zarte Seele, in der die Unternehmert der F. Industrie sitzen, nicht mehr widerstehen.

Die Belegschaft ist an den Bildungsräumen der Firma nicht einzuladen. Allzu sehr hat sie in den letzten Jahren Erfahrung mit solchen sozialen Räumen der gewerkschaftlichen Organisationen und anderen Arbeiterschaften zu fürchten, haben sehr viele z. B. interessante Beispiele gefunden. Das bedauert sehr, die Firma entscheidet, es mit willkürlichen Verfahren zu verhindern, denen sie zur Zeit befreit braucht. In der gesuchten F. Industrie ist die Belegschaftsversammlung und der Arbeiterschaftsverein neuordnet werden, was sie darüber aufzeigt — — — werden, das wäre den ersten gewerkschaftlichen Räumen nicht. Aber regelmäßige Abstimmungen aus Gewerkschaftlichen sind ihre Voraussetzung besser werden kann. Sie ist dringend notwendige Erhöhung der Firma kann nur dazu dienen, — — — — — alle nachrangigen Arbeitnehmer schlechtesten Verhältnisse zu konzentrieren und zu verbessern.

Heinrich Treichel

Die folgende Tageszeitung Organisationssekretärin.

Zu den sonst den Betriebsräten für die Qualitäts- und Betriebsvereinigungen fallenden Betriebs- und Betriebsvereinen ist die F. Industrie, in deren bei vorläufiger Produktion 120 bis 150 Arbeiter beschäftigt sind, welche die Betriebschaft in den letzten Wochen erneut ist, welche sie führt, wenn nicht alle Arbeiter gleichzeitig erneutet sind. Im Jahre 1925 war es möglich, die bei den drücklich orientierten Arbeiter seines zum Untersatz zum Betriebsverein zu bringen. Zurück der Betriebschaften der Firma erneut ein Teil der Betriebschaft der Firma nicht mehr anstreben zu haben und nicht für den Betrieb. Dies ist der Betriebschaften einer zu leben lassen. Die Firma hatte bald Kenntnis von der Unzufriedenheit der Betriebsräte und erneutte die F. Industrie.

Die F. Industrie hat die gesuchten Wiederholungen bis zur F. Industrie und schafft sich der Betriebsrat der F. Industrie.

Gewerkschaftliches.

Das Parlament der Kaufmännischen Jugend.

In Dresden werden am 20. Februar d. J. im Sitzungssaal des Sachsischen Landtages die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Kaufmännischen Jugend Deutschlands in einer Beratung zusammengetreten. Seit der 2. Reichsjugendkonferenz des B. d. A. in Düsseldorf 1925 ist eifrig an der Entwicklung der Jugendarbeit des Verbandes gearbeitet worden. Kommt es doch darauf an, Mittel und Wege zu finden, um Kaufmännischen Lehrlingen und jugendlichen Angestellten schriftzeitig der gewerkschaftlichen Organisation anzuführen. Die Tagesordnung der Konferenz sieht vor: Ein Bericht "Stand und Entwicklung der Jugendarbeit des B. d. A.", ein Bericht "Lage der erwerbstätigen Jugend im Angestelltenberuf", Wahl des Reichsjugendausschusses und ein zusammenfassender Schluswort des Verbandsvorstandes Otto Urban, M. W. Die Aussprache zu den einzelnen Punkten wird von Vertretern aus allen Landesteilen die Möglichkeit zu weitergehender Meinungsäußerung bieten. Es liegt im Interesse der Kaufmännischen Jugend, wenn sie lebhaften Anteil nimmt an den Verhandlungen und beschließen ihrer zuständigen gewerkschaftlichen Organisation.

Tagesordnung des internationalen Gewerkschaftskongresses.

Die Tagesordnung des vom 1. bis 6. August 1927 in Paris anberaumten 4. internationalen Gewerkschaftskongresses lautet wie folgt:

1. Eröffnungsrede des Präsidenten.
2. Wahl der Mandatprüfungskommission und anderer Kommissionen.
3. Gedächtnisbericht des Vorstandes; Kassenbericht und Bericht der Reisekosten.
4. Der organisierte Kaufmannschaftsbau des F. G. B. Berichterstattung J. Dögeleßt.
5. Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung. Berichterstattung J. Dögeleßt und G. J. Smit.
6. Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen. Berichterstattung J. Sassenbach.
7. Satzungänderungen. Berichterstattung F. Brown.
8. Erledigung der eingearbeiteten Anträge.
9. Internationaler Kampf um den Arbeitstag. Berichterstattung Th. Leipart.
10. Die wirtschaftliche Weltlage. Berichterstattung C. Mertens.
11. Währungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus. Berichterstattung L. Jouhaux.
12. Wahl: Wahl der Länder, aus denen Vertretern sich der Ausschuss zusammensetzen soll; b) Wahl der Mitglieder des Ausschusses;
- c) Wahl der Mitglieder des Vorstandes; d) Wahl der Sekretäre; e) Wahl des Landes, in dem der nächste Kongress stattfinden soll.

Dem Kongress werden folgende Konferenzen vorausgehen am Freitag, den 29. Juli und Sonnabend, den 30. Juli vormittags: Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz und Konferenz der Internationalen Berufsfaktoriatrie. Am Sonnabend, den 30. Juli, nachmittags und Sonntag, den 31. Juli: Ausschusssitzung.

Anträge zum Kongress können nur von angeschlossenen Landeszentralen und der Konferenz der Internationalen Berufsfaktoriatrie gestellt werden und müssen mindestens zwei Monate vor Zusammensetzung des Kongresses in den Händen des Amsterdamer Büros sein; sie müssen mindestens einen Monat vorher den Landeszentralen und den Internationalen Berufsfaktoriatrien zugesandt werden.

Aufnahme von gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 12. bis 14. Januar die Aufnahme folgender gewerkschaftlicher Landeszentralen beschlossen:

Argentinien: Confederacion Obrera Argentina, Buenos Aires, Saavedra 582.

Litauen: Pietrus Darbininko ir Tarnautoju Prosestiniu Sajungu, Centro Viuras, Kestucio g. 40, b. 1, Kaunas (Litauen).

Südafrika: Industrial and Commercial Workers Union of Africa, 16. Market Street, Johannesburg.

Literarisches.

"Die Frauenseite", Heft 30 Pl., "Lacke Waks" und die "Illustrirte Reichsbanner-Zeitung" kosten 25 Pl. Sie sind zu bezahlen durch jede Buchhandlung oder bei jeder Postanstalt. Man verlangt sie an allen Zeitungskiosken und Bahnhofsbuchhandlungen.

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926, Textausgabe, ist vor Ort ausschließlich des Altkreises Deutscher Gewerkschaftsbundes eingezogen von 40 Pl. für das Stück, zu bezahlen. Bei Mehrbezug wird ein größerer Preisabschlag gewährt. Bestellungen an das Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Str. 22, erbeten. Postscheckkonto Leipzig 65 139.

Die Internationale der Unternehmer betitelt sich eine Broschüre, die der Ursprungsschule Lübeck des ADGB, Lübeck, Johannisstr. 48, herausgegeben wird.

Der Inhalt der Broschüre ist ein Vortrag des Genossen Paul Uebelmann, Berlin, der in Lübeck über das genannte Thema sprach. Das Werk enthält: Der Drang zum Internationalen Zusammenschluß, die verschiedenen Arten der internationales Zusammenschluß, die internationale Kontrolltätigkeit des Effektenkapitalismus, die internationale Tätigkeit der Banken, internationale Kartelle und Syndikate, Interessengemeinschaften, gegenseitige Kapitalbeteiligungen usw., Schlüßbetrachtungen. Die Gewerkschaften erhalten die Broschüre zu folgenden Preisen: Ein Einzelexemplar 0,50 Mk. von 2 bis 25 Exemplaren 0,40 Mk., von 25 bis 100 Exemplaren 0,35 Mk. über 100 Exemplare 0,30 Mk. Hierzu tritt noch das Port.

Franz Lenatzki: Die Jungsozialistische Bewegung, Büro Geschichte und Ihre Aufgaben. Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten. Umfang 3 Bogen, Großoktag. Preis kart. 0,85 Mk. E. Laubach Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. Berlin W. 30.

Prof. Dr. Max Adler: Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit. Umfang 3 Bogen, Großoktag. Jungsozialistische Schriftenreihe herausgegeben vom Reichsleitung der Jungsozialisten. Preis kart. 0,85 Mk. E. Laubach Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. Berlin W. 30.

Prof. Dr. Carl Adler: Die Aufgaben der Jugend in unserer Zeit. Umfang 3 Bogen, Großoktag. Jungsozialistische Schriftenreihe herausgegeben vom Reichsleitung der Jungsozialisten. Preis kart. 0,85 Mk. E. Laubach Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. Berlin W. 30.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, lediger Arbeiter, der auch perfekt absolviert kann, sofort gefüllt. Karl Hartmann, Kristallglasfabrik, Hof a. d. Saale (Bavaria), Forststr. 12. (12)

Oberdreher sucht Stellung als solcher. Gegebenenfalls auch als Lagerist, Dreher, Formengießer. Bulschriften unter Adresse F. W. an der Bund.

Junger, lediger Porzellansmaler, welcher in Hotelgeschäftsmalerei gut eingearbeitet ist, wünscht seine Stellung baldig zu verändern. Angebote unter Nr. 9 an der Bund erbeten.

Ein tüchtiger Schmelzmeister aus Hofenfeld, ehemaliger Wagenmacher auf Belehrung, im Stechen und Dreben eingearbeitet, suchte Stellung durch Willy Stellmacher, Elmendorf Nr. 2 bei Bilthofswärde.

Junger, Feinschleifer, ideiell auf leichter Kammerarbeit, sucht Stellung, eventuell zur weiteren Ausbildung auf Römer zu sofort oder später. Angebote an den Arbeitsnachweis Köln-Dedelgott, Baderborn, Glashütte 24.

Feinschleifer für leichte Kammerarbeit, sowie für Edel- und Elfenbein, aus rheinische Louren, sucht sofort Arbeit Heinrich Vollmöhr, Dresden-U. I. Schönengasse 20/III.

Tüchtiger Glasschleifer, gut beworben in Eden, Old Höh und Pödenhöll, sucht Arbeit. Offerten erbeten an Arbeitsnachweisverwalter Erwin Luther, Görnewitz bei Meißen.

Tüchtiger Porzellanschleifer sucht für sofort Stellung. Firm in allen Arbeiten. War in einer größeren Fabrik tätig und ist an sauberes und fleißiges Arbeiten gewöhnt. Angebote unter Nr. 11 an den Bund erwünscht.

Junger, lediger Freihandmaler für Unterglasur-Steingut, perfekt im Schablondieren, bewandert in Engobenmalerei, sucht Stellung. Angebote unter Nr. 12 an den Bund erbeten.

Verlag: Albin Carl, Charlottenburg, Braestr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Nenninger, Charlottenburg, Braestr. 2-5.

Druck: G. Fischerwelt, Berlin-S. 26. Elsobethauer 28/3.

Fritz Borger †

Um 19. Januar 1927 riss der Tod unseres alten Kollegen Fritz Borger, den früheren Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes im Raum Hamm aus unseren Reihen. Mit ihm schied ein Verbandsgenosse von uns, der sehr viel zum Aufbau des Fabrikarbeiterverbandes und auch der Gewerkschaftsbewegung an der Westerlante beigetragen hat.

Fritz Borger wurde am 16. Juli 1884 in Segeberg als Sohn einer armen Landarbeiterfamilie geboren, und er hat insgesamt auch recht freiheitlich die Art und das Erschien am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Als junger Bursche war er in der Landwirtschaft tätig und siedelte dann später nach Hamburg über. Hier in Hamburg war er zunächst als Bauer und später in der Gummifabrik in Barmbeck beschäftigt. Sehr früh erkannte der Kollege Borger, daß die Arbeiterschaft sich gegen die Ausbeutung des Unternehmers nur dadurch schützen vermag, wenn sie sich in festgefügten Organisationen zusammenstellt. Schon im Jahre 1899/91 gehörte Borger einer Lokalvereinigung der Maurerarbeiterkollektiv von Hamburg an. 1895 trat er zum Fabrikarbeiterverband über, und seit dieser Zeit war er unablässig tätig für die Ausbreitung seiner Organisation. Durch das unerschöpfliche Vertrauen, das die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes in Hamburg zu dem Kollegen Borger legten, wurde er 1896 als Bevollmächtigter der Zentralstelle Barmbeck, 1900 als unbefolbeter Gauleiter und 1904 als beauftragter Gauleiter gewählt, bis sein im Dienste der Organisation zerrütteter Gesundheitszustand ihn im Herbst 1925 zum Rücktritt zwang. Am 14. Dezember 1926 konnte er im Kreise seiner alten Verbandsgenossen sein 31-jähriges Verbandsjubiläum feiern.

Auch der Partei- und Genossenschaftsbewegung hat der Kollege Borger wertvolle Dienste geleistet. Seit 1895 gehörte er der Partei als Mitglied an, und viele Jahre, bis 1924, war er Bezirksführer der Partei in Barmbeck. Als Mensch genoss der Verstorbenen bei Freunden und Feinden ein großes Ansehen. Mit seinem ehrlichen, aufrichtigen und geraden Charakter nötigte er selbst seinen Gegnern, den Unternehmern, Achtung und Anerkennung ab. Und wer mit dem Verstorbenen jahrelang in engster Freundschaft standen hat und sein freundliches, sehr oft humorvolles Wesen aus nächster Nähe kennen gelernt hat, der sieht heute mit doppeltem Schmerz an der Bahre des Kollegen Borger.

Fritz Borger ist als Proletarierkind geboren; er ist als Proletarier durchs Leben gegangen, und er ist als Proletarier gestorben. Auf ihn trifft also im wahren Sinne des Wortes: Ein Sohn des Volkes will er sein und bleiben.

Die Arbeitersbewegung, besonders aber, der Fabrikarbeiterverband, verliert in dem Verstorbenen einen ihrer besten Kämpfer. Sie wird ihm ein treues Andenken bewahren! Sch.

Jahresgeneralversammlung der Zentralstelle Dresden.

Am 14. Januar 1927 hielt die Zentralstelle Dresden des Fabrikarbeiterverbandes ihre Jahresgeneralversammlung ab. Es war die erste Jahresgeneralversammlung nach der im Jahre 1926 vorangegangenen Verschmelzung des Glas- und Porzellankarbeiterverbandes mit unserer Organisation, sowie der Verschmelzung der Zentralstelle Freital des Fabrikarbeiterverbandes mit der Zentralstelle Dresden. Sie wies einen außerordentlich guten Besuch aller vertretenen Branchen auf.

Den Jahresbericht gab der Bevollmächtigte, Kollege Otto Grafe. Das Jahr 1926 stand von Anfang bis Ende unter einer Wirtschaftskrise. Mit Ausnahme weniger Gruppen konnten Wohnraumbeschaffungen nicht erreicht werden. Das Errungene zu halten, war die Hauptaufgabe. Die Zahl der Arbeitslosen der Zentralstelle Dresden betrug anfangs 1926 1800 Bollerwerbslose und 1200 Kurzarbeiter. Sie hat sich auch am Ende mit 1200 Bollerwerbslosen und 1350 Kurzarbeiter wenig gemindert, so daß ein Jahresdurchschnitt von fast 30 Proz. unserer Mitglieder als Erwerbslose oder Kurzarbeiter zu verzeichnen ist.

Ein Spiegelbild über die entfaltete Tätigkeit innerhalb des Zentralstellenbereiches Dresden gibt folgende Aufstellung. Es wurden geführt: 38 Lohn- und Tarifbewegung, 600 Versammlungen und Besprechungen abgehalten, 149 Verhandlungen mit Arbeitgebern fanden statt, in 45 Fällen waren wir an Stillstandssverhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsamt und Arbeitsministerium beteiligt, in 60 Fällen wurden von uns Klagen vor den amtlichen und fachlichen Schlichtungsinstanzen verfasst und in 110 Fällen mußten die Gewerbe- und Arbeitsgerichte angerufen werden. Welch ungemeines Ausmaß von Gewalt und Arbeit in diesen Zahlen liegt, wird jeder geschulte Gewerkschaftscollegie erkennen können.

Um die Fluktuation innerhalb unserer Reihen zu untersuchen, wurden 1400 ehemalige Kollegen und Kolleginnen aufsucht. Ein arker Teil konnte zurückgewonnen werden.

Noch dem Geschäftsbuch des Kollegen Hubn betragen die Bruttoseinahmen der Haftkasse 223.000 M., dem steht eine Ausgabe infolge der Anteile der Zentralstelle von 212.000 M. gegenüber. Der Haftanteil dieser Ausgaben besteht in der 100.000 M. betragenden Erwerbslosunterstützung. Insgesamt sind fast 84.000 M. mehr an Erwerbslosunterstützung auszahl worden als im Vorjahr. Der prozentuale Anteil, auf

das Einzelmitsglied umgerechnet, beträgt 14.65 M. pro Jahr. Die Zentralstelle hatte eine Jahresseinnahme von 105.000 M., dem steht eine Ausgabe von 97.000 M. gegenüber. Prozentual umgerechnet, beträgt der Anteil 9.77 M. pro Jahr und Mitglied.

Der Mitgliederbestand, welcher im Anfang des Jahres 1926 7642 betrug, stieg auf 8012. Leider ist die Fluktuation im Vorjahr als außerordentlich hoch zu bezeichnen, indem die Ausritte die Eintritte stark übertreffen, so daß der Mitgliederüberschuss handförmig auf die Verschmelzung mit den Zentralstellen der Glas- und Porzellankarrieren zurückzuführen ist.

Ein Antrag des Kollegen Kochmann, lautend: "Mitglieder der AGPD können nicht Funktionäre des Fabrikarbeiterverbandes sein", fand mit Majorität Annahme. Die Wahlen zur Ortsverwaltung brachten folgendes Ergebnis: Die aus den Branchen vorgeschlagenen Kollegen und Kolleginnen: Paul Jakob, Nahrungsmittelindustrie, Karl Mittag, Großchemie, Eliz. Lindert, Photochemie, Gust. Sonder, Gummiindustrie, Paul Kümmeling, Seifenindustrie, Wolfram, Krause, Papierindustrie, Emma Müller, Baumwolle, Albert Piez, Betonwarenindustrie, Franz Tambis, Siegelindustrie, Josef Mauer, Glasindustrie, Nikol. Banow, Steinzeug- und Porzellanstalt, wurden mit Majorität gewählt, ebenso die Kollegen Georg Lohse und Berthold Schädel, welche als Vertreter der Bezirksverwaltung von Freital gelten. Gleichfalls wurde die von den Gruppen vorgeschlagenen Liste für den Hauptvorstand, bestehend aus den Kollegen Paul Jakob, Rich. Mager, Fred. Schmidt, Georg Lohse, Emma Müller, Max Haufe, Gustav Wendt, gewählt. Da für die chemische und Gummiindustrie kein Vertreter vorgeschlagen war und nur 7 Vertreter in Frage kamen, wurde der Vertreter für die Großchemie gewählt. Richard Mager.

Generalversammlungsbericht München.

Die Zentralstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands hielt im "Gothaus zum Goldenen Adler" seine Vertreterjahresabschlussversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Kollege Lang, mit dem Hinweis, daß das Jahr 1926 ein Notjahr für einen großen Prozentsatz unserer Mitglieder bedeutete. Versammlungen und Sitzungen waren 301, davon 109 Betriebs-, Funktionär- und allgemeine Versammlungen. An Neuauflnahmen sind 307 zu verzeichnen, darunter 200, die durch Haushaltssituation gewonnen wurden. Zugereist sind 10, übergetreten 218, davon 178 durch die Verschmelzung der Porzellank- und Glasarbeiter. Abgereist sind 13, zu anderen Verbänden übergetreten 45, ausgetreten 509, gestrichen wurden 746, geflorben 35. Der Markenverkauf betrug 237.396,- der Mitgliederstand 2400 männliche und 2700 weibliche = 5100.

Die Einnahmen, einschließlich eines Zuflusses von 10.000 Mark aus der Haftkasse im 1. Quartal, betrugen 165.516.62 M., an Unterstellungen wurden ausbezahlt 65.606.65 M., an die Haftkasse gesandt 47.688.43 M., Anteil der Zentralstelle 52.286.54 M. Die Einnahmen der Haftkasse belaufen, einschließlich eines Kassenbestandes von 319.44 M. vom 4. Quartal 1925, 60.548.39 M., die Ausgaben 54.526.15 M.

Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Ausschuksmitglieder; die im Laufe des Jahres ausschieden wurden durch die Kollegen Mehlmeier und Stolz ergänzt. Ein Antrag Tacken, an das dortige Volkshaus sowiel 10 M. zu entrichten, als die Mitglieder selbst solche Beiträge an das Volkshaus entrichten, wurde angenommen. Dem Erfurten des Kollegen Kraus, ihn aus Gesundheitsgründen von seinem Posten zu entheben und am Scholardienst zu verhindern, wurde statthaft genehmigt und der vom Ausschuß beschlossenen Umstellung in der Stellenbesetzung in der Weise zustimmt, daß der Kollege Lang, der schon in früheren Jahren den Posten des Kassierers innehatte, diesen freiwillig übernimmt, und an dessen Stelle der Kollege Lederer als Vorsitzender tritt.

Jahresbericht 1926 für Stolberg.

Am 16. Januar 1927 war die diesjährige Generalversammlung. Den Geschäftsbuch gab der Vorsitzende Kollege Duda. Er betonte, daß die Zentralstelle im letzten Jahre sich um 300 Mitglieder vermehrte.

Ein Spiegelbild über die entfaltete Tätigkeit innerhalb des Zentralstellenbereiches Dresden gibt folgende Aufstellung. Es wurden geführt: 38 Lohn- und Tarifbewegung, 600 Versammlungen und Besprechungen abgehalten, 149 Verhandlungen mit Arbeitgebern fanden statt, in 45 Fällen waren wir an Stillstandssverhandlungen vor dem Gewerbeaufsichtsamt und Arbeitsministerium beteiligt, in 60 Fällen wurden von uns Klagen vor den amtlichen und fachlichen Schlichtungsinstanzen verfasst und in 110 Fällen mußten die Gewerbe- und Arbeitsgerichte angerufen werden. Welch ungemeines Ausmaß von Gewalt und Arbeit in diesen Zahlen liegt, wird jeder geschulte Gewerkschaftscollegie erkennen können.

Um die Fluktuation innerhalb unserer Reihen zu untersuchen, wurden 1400 ehemalige Kollegen und Kolleginnen aufsucht. Ein arker Teil konnte zurückgewonnen werden.

Noch dem Geschäftsbuch des Kollegen Hubn betragen die Bruttoseinahmen der Haftkasse 223.000 M., dem steht eine Ausgabe infolge der Anteile der Zentralstelle von 212.000 M. gegenüber.

Der Haftanteil dieser Ausgaben besteht in der 100.000 M. betragenden Erwerbslosunterstützung. Insgesamt sind fast 84.000 M. mehr an Erwerbslosunterstützung auszahl worden als im Vorjahr. Der prozentuale Anteil, auf

die Kollege Fritz Heinze, gab für die Monate August bis Dezember den Geschäftsbuchbericht, der anerkannt wurde. Die Kollege Meinhold. Die Wahl ergab mit Mehrheit die Wiederbestätigung der alten Verwaltung. Einige Oppositionelle gaben dabei Bettel ab mit der Aufschrift: Ihr Sozi, Ich schen euch toll. Hängt euch auf, ihr Sozi u. a. Ob diese "Komiker" begreifen, daß sie damit auch ihre Bewegung kennzeichnen, möchten wir bezweifeln. Sie sind eben eine besondere Art Klassenkämpfer, die der organisierten Arbeiterschaft nur Nachteil bringen und den Gegnern nicht schaden. Durch derartigen Unzug wird die Zwietracht gesteckt. Die vernünftigen Kollegen und Kolleginnen der Zentralstelle Letzen lassen sich dadurch nicht von ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit ablenken.

Die noch fernstehenden Arbeitsträger und -schwestern der Porzellankarriere werden ermahnt, endlich den Weg zur Organisation zu finden, damit dem Unternehmertum eine gewerkschaftlich geschlossene Arbeiterschaft gegenübersteht.

Sie müssen immer der Worte gedenken: Einigkeit macht stark.

Bildungsarbeit.

Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes richtete Bildungskurse ein, in denen die Angestellten Gelegenheit hatten, ihr Wissen zu vertiefen.

In den nächsten Monaten werden auch Kurse für nicht-angesetzte Verbandsfunktionäre abgehalten. Die Kollegen und Kolleginnen im Fleisch werden jetzt schon gebeten, mit sich zu Rate zu gehen, ob sie von dieser Bildungsmöglichkeit Gebrauch machen können und wollen. Sobald sie sich entschieden haben, werden sie gebeten, sich beim Hauptvorstand in Hannover vorwerfen zu lassen.

Allgemeines.

Überall Preisschwankungen, nur Deutschland macht eine Ausnahme. Es ist sehr lehrreich, die Preisentwicklung im Inland mit der des Auslandes zu vergleichen. Es ergibt sich so ein Maßstab, wie verschieden die Lebenslage sich gestaltet. Die neue Methode der Preisberechnung des Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ist bekanntlich auf viel breiterer Grundlage aufgebaut und bietet somit eher die Möglichkeit, als Vergleichsmaßstab zu gelten. Beobachten wir uns vorerst einmal die Entwicklung der Indexziffern der einzelnen Länder:

	Deutschland	England	U. S. A.	Schweden	Dänemark	Schweiz
Jan. 1926	135.8	158.8	149.0	150	151	154.5
April	134.3	156.4	145.5	148	145	151.0
Juli	133.1	153.3	137.3	143	143	145
Sept.	136.2	159.8	138.3	142	150	147
Dez.	137.1	149.9	139.2	141	141	146

In Deutschland ist momentan im letzten Halbjahr eine steile Preiserhöhung festzustellen. Hingegen ist bei den anderen angeführten Ländern mit fester Währung eine Preisverminderung eingetreten. So gar in England, wo der große Streit auf dem Warenmarkt eine hohe Unruhe brachte. Beachtlich sind hierbei die wirtschaftlichen Verhältnisse hierzulande, die eine Herabsetzung der Warenpreise hätten bringen müssen. Wissensarbeitslosigkeit und steigende Preise, wie reagiert sich das zusammen?

Wo wollen die Roggenpreise hin? Bekanntlich redete man vor einigen Monaten von einer schweren Krise der Roggenbauenden Landwirtschaft. Mit öffentlichen Mitteln wurde die Reichsgetreidebesteck geschaffen, die den Roggenpreis stützen sollte. Die Getreidefrucht Roggen wird bekanntlich in Deutschland im Überfluss erzeugt. Wenn wir endete Getreideorten, nämlich Weizen, einführen müßten, so ist Deutschland beim Roggen ein Ausfuhrland. Wie die Roggenpreise sich in den letzten Wochen gezeichnet haben, kann aus folgender Tabelle erschen werden:

	29.10.1926	26.11.1926	30.12.1926	24.1.1927
für 1000 Kilogramm in Mark				
Roggen (Mark)	221-226	228-234	232-237	247-259
Weizen (Mark)	273-276	274-277	264-268	264-268

Die Termineinkäufe für März laufen für Roggen sogar auf 265-270 M. Die Zeit scheint nicht mehr fern zu sein, wo die Roggenpreise die Weizenpreise überschreiten werden. Es ist zurzeit noch nicht zu übersehen, wohin diese Preisentwicklung führt. jedenfalls ist das Beitreten der Reichsgetreidebesteck einsetzen, um die wichtigsten Nahrungsmittel des Volkes zu verteuern.

Bierzehntausend Arbeitervorschläge zur Verbesserung der Produktion. Der Vizepräsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Poll, teilte kürzlich mit, daß bei der Vollmore- und Chi-Eisenbahngesellschaft die Betriebskommission gemeinsame Vertretung der Leitung und der Arbeitnehmer und die Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner jede zweite Woche zusammenkommen, um über Fragen der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Betriebs zu beraten. Im letzten Jahre wurden von den Arbeitern 14.000 Verbesserungsvorschläge unterbreitet, wodurch nicht weniger als 80 Proz. angenommen wurden.

Karl. Warum darf man sich nicht richtig dazu freuen? Sie schwieg eine Weile. Dann richtete sie sich mit einem Ruck auf, stellte die Lampe an und sagte mit heller Stimme und ganz eigenständig: Und ich freu' mich doch! Damit griff sie von neuem zur Nadel.

Er hatte sich erhoben und ging in der Stube auf und ab. Na ja, freu' dich, warum auch nicht? Schad' ja nichts. Aber was ist das für 'ne Freunde, wenn man denken mag: Du kommt so'n Dingreichen auf die Welt, und man weiß nicht, ob man es satt machen kann. Und man weiß nicht, ob man's überhaupt gern kriegt — und wenn schon: wie man's gern kriegt ... Emma.

er legte seine Hand auf ihre Schulter und der Ton seiner Stimme ward milder, ich red' ja nicht von uns. Ich hab' schon was aus, das weicht. Und du — na du arbeitest und arbeitest und läufst noch dabei, auch wenn du nie 'ne freie Stunde hast. Andere amüsieren sich, und du läufst und stichst und wälzt und machst —

Loh doch man, Karl. Wenn das Kleine man gefund ist, die Arbeit tut mir nichts. Ich hab' schon meine Freunde.

Aber das Kind, Emma!

Ganz verbreit' ich mit dem nicht den Rott, Rott.

Nee, ihr Frauen denkt immer bloß an heim, aber nicht an morgen und an übermorgen schon gar nicht. Er wanderte wieder auf und ab in schweren Gedanken. Möglicherweise brach er auf und läuft wild: Und wenn man schon so'n Durm geh' kriegt, was ist'n denn? Was hat's denn davon? Dass es nicht leben und sterben kann — wie wir! Schuftens und brüggen! Hungern und sterben! Ich den Rott zerquälten um das elende bisschen Leben!

Und da hilft man selber noch wieder 'nem Menschen auf die Welt! Bloß daß die Proletarier nicht aussterben und die großen Herren Fabrikarbeiter haben! 'ne Sünde ist ja das!

Was sagste, Karl? Sie hob erwartet den Kopf. Das darfste nicht sagen. Das nicht.

Nicht dürfen! Er lachte grimmig auf, läuf dann nach der Uhr, griff nach seinem Hut und sagte: Ich geh' in die Versammlung, Emma.

Bleib' nicht zu lange. Sie nahm seine Hand und streichelte sie. Du restest dich so leicht auf, Karl. Wenn wir aus einkriegen und sparsam sind, wird's schon geben.

Was wollt' wir denn noch sparen, Emma?

Na, gewiß. Über —

Gott seid' mir! Einer

Schlussabrechnung

des Zentralverbandes der Glasarbeiter
für die Monate Januar bis einschl. Juli 1926.

Einnahmen:

Gassenbestand am Schlusse des IV. Quartals 1925	168 716,84 M.
An Wochenbeiträgen	810 19,-
- De egiertermarken	26 791,50
- Extrabeiträgen	61 701,80
- Unterlagen	582,50
- Abonnements	1 118,-
- Zinsen	1 282,99
Aus dem Saargebiet	166,75
An sonstigen Einnahmen	1 740,98
Gesamteinnahme	1 072 289,21 M.

Ausgaben:

An Arbeitslosenunterstützung	695 940,81 M.
- Streitunterstützung	223,20
- Maßregelungunterstützung	5 102,48
- Notfallunterstützung	2 048,50
- Erbeunterstützung	10 039,-
- Zugangsunterstützung und Kilometergeld	6 733,88
- Rechtschutz	8 900,58
- Agitation	17 217,97
- Verwaltungsaufwand (pers. und sachl.)	73 124,67
- Beiträgen zum ADGB	8 181,80
- Versicherungsbeiträgen	7 318,62
- Abonnements (incl. Frauenzeitung)	1 950,43
- Bibliotheken	1 621,40
- Generalversammlung in Görlitz	16 244,50
- Konferenzen und Verhandlungen	18 807,76
- Saargebiet	11 000,-
Druck und Expedition des "Fachgenossen"	85 04,49
20 bis 30% den Zahlstellen zur freien Verfügung	190 810,04
Sonstige Ausgaben	4 175,85
Bestand am 31. Juli 1926 dem Fabrikarbeiter-	
verband übergeben	117 744,80
Gesamtausgabe	1 072 289,21 M.

Vorliegenden Abzug geprüft und mit Büchern und Belegen
in Übereinstimmung befinden zu haben, bescheinigt

Hannover, den 9. Januar 1927.

Otto Starzki, Kassierer.

Die Revisionskommission:

P. Pape, P. John, H. Loose, W. Müller, W. Salzmann

Zunge hab ich mich gesträubt,
endlich gab ich nach:
wenn der alte Mensch zerstäubt,
wird der neue wach;
und so lang er das nicht hält,
dieses "Stirb und Werde",
bist du noch ein trüber Gast
an der schönen Erde. Goethe.

Gewerkschaft.

Wir sind zusammengefloßen in einer Gewerkschaft. Gewerkschaft aber kommt her von Werk. Und Werk heißt Schaffen. Werk ist lebendiges Handeln, ist frohe Tat. Wenn der künstlerische Meister seine Arbeit vollendet hat, dann spricht er vom "Werke", das er geschaffen. Zum Werke gehört die menschliche Seele, die Verbindung mit dem innerlich Menschlichen. Werk ist etwas Schönes, und einen gewissen Stolz hat stets der, der von einem vollendeten Werke spricht.

Die Arbeit des Volkes ist leider zu wenig Werk. Sie ist Arbeit. Sie wird wegen des Brotes, wegen der Crüppen vollbracht. Tag für Tag. Und wenn der arbeitende Mensch nach Schluss der Arbeit zu Hause angelangt, dann spricht er darum nicht froh von seinem Werke das er geschaffen, sondern von seinem Tatkraft, das er hinter sich hat.

Wie kann ich doch die Sprechen? Wie offenbart sie uns das Leben, wie es ist! Wie müde fürt es sich an, wenn vom erschöpften Landesteile die Rede ist. Nach Niede standenem Klingt es, was es will glücklich Überstandenen. Aber Werk soll sein! Freches, herrisches Werk, das auch in der Feierstunde noch beständig nachdrückt im Herzen.

Kein Gewerbe gibt es. Das bringt das Werken zum Ursprung. Das Klingt nach Gewinn. Da fehlt das Schöpferische Gewerbe, es nichts für ein neues Vorlein von Schaffenden. Da muss alles Werk sein, alles tödige Freude.

Und darum in die Gewerkschaft hinein und vorwärts mit ihr! Nur sie kann das Arbeitsleben gestalten zum Werke hin. Der Herr über einmal der Seele der Sprache leicht und der Seele der Sprache schwand und liegend löscht, der fühlt, daß die Sprache etwas Schönes geschaffen, wenn sie den Bund erarbeitet, schaffenswütender, freier Menschen Gewerkschaft werden.

wollen. Wie wolltest du dann die Schäden aus der Arbeitslosigkeit befreien oder gar sparen? Und du willst du die Verbandsbeiträge auf die hohe Rente legen?"

"Zentrale ist doch aber keine Verschwendung!"

"Natürlich doch. Sparen kann die leichtmünige Zentralverwaltung kein! Wenn keine Beiträge gezahlt werden, kann der Schaffende die Rente gewinnen, nicht wahr? Und wenn er das tut, dann tritt eben das ein, was ich verhindere: Dein Mann verdient in der Seele sehr oder zweimal mehr weniger. Denn das gleiche du wohl nicht, daß die Unterschaffende geringe zahlbar, als sie mögen."

"Nein," sagte Anna, "doch nur sie weiß nicht."

"Die hier doch kein Mann ganz recht, wenn er... müssen wir zu der jetzt. Eher zu schwach doch loszugehen, daß es nicht erst die Entscheidung."

"Natürlich kann das mit gefalteter Faust da und sich entscheiden bei ihrem Vater: So hab ich das nur mit einer leichten und zarten kleinen Faust: Dass auf dir das jetzt gut zu Ende geht ist mir. Und wenn dein Mann noch kommt, kann sie ihm doch da nicht... Das ist mir klar." Es reichte ihr die Worte und machte auf.

"Die Gruppe ist der Zentralverband soll Sprache sein, sobald sie kann, bei ihrer Arbeit. Wir arbeiten, und wenn ein anderer Gewerkschaft direkt, so ist sie auf. Da, Karl."

"Du hast recht, ich bin der Geschwaderkönig."

"Gehört ja der erste Schritt zur Erfahrung."

"Ja, diese Worte gerecht. Sei gut. Es soll nicht mehr kommen."

"Er lasste den Arten nur die nach freieheite ihren Kopf. Ich bin ja auch höchstens ge lehrte Gewerkschafter, und kann noch nicht die Welt meiste da. Die Welt, die wir noch nicht weiter hab. Aber wir kommen weiter, das habe ich heute wieder da herausgeholt. Und es ist noch eigentlich auch ganz schön, zu beweisen, dass andere hinter die Seele zu Ende bringen werden, die wir unterschaffende haben."

"Es lädt die Seele immer felig und fügt besser: Sieht du, Karl, es kann leichter so sein!"

Schlussabrechnung des Verbandes der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1926.

Verbandskasse.

a) Einnahmen:

Bestand in der Hauptkasse am Schlusse des Jahres 1925	181 767,68 M.
Bestand in den Zahlstellen am Schlusse des Jahres 1925	69 920,11 "
Eintrittsgelder	2 167,50 M.
Wochenbeiträge	577 86,- " 580 080,40 "
Ersatzkasse	19,50 "
Privatabonnementen	1 605, M.
Inserationsgebühren	466,35 "
Überweisung aus den Volkskassen	2 071,85 "
Zinsen	2 580,78 "
Barüdzahlte Rechtschulden	4 061,82 "
Barüdzahlte Unterstützungen	580,95 "
Kursgewinn beim Verkauf der Berliner Feingoldscheine	222,85 "
Sonst. Einnahmen der Hauptkasse	2 278,19 M.
Sonst. Einnahmen der Zahlstellen	2 804,12 "
Summa der Einnahmen	846 286,65 M.

b) Ausgaben:

Erwerbslosen - Unterstützung im Arbeitslosigkeitsfalle	182 609,55 M.
Erwerbslosen - Unterstützung im Krankheitsfalle	125 584,88 "
Gemäßregelten - Unterstützung	7 807,66 "
Kreis-Unterstützung	6 628,10 "
Stadt-Unterstützung	5 307,- "
Fahrgelder	2 146,08 "
Umtausch-Unterstützung	1 794,74 "
Summa der Ausgaben an die Berufskollegen in Limoges (Frankreich)	831 272,81 M.
Rechtschutz	5 000,- "
Beiträge an den ADGB bis 31. Juli 1926	2 377,00 "
Beiträge an die Gesellschaft für Gewerbehyggiene pro 1926	8 688,10 "
Konferenzen	150,- "
Agitation inf. Kosten der Gauleitungen	9 7 9,80 "
Kosten für die tatsächlichen Schiedsstellen	8 620,66 "
Reisegelder und Diäten	8 5,-,60 "
Drucksachen	942,35 "

für die Volkskassen:

20 bezw 30% von der Einnahme an Eintrittsgeldern und Beiträgen	141 035,75 M.
Extra-Zuschuß	757,40 "
Summa der Ausgaben	141 793,15 M.
Zeitung und Zeitschriften	415,40 "
Summa der Ausgaben für die Ameise:	40 541,15 M.
a) Drucksachen	31 034,90 M.
b) Porto für Versendung	8 492,16 "
c) Autorenhonorar	416,- "
d) Badmaterial	225,20 "
e) Porto und Umschlägen	19,99 "
f) Wärme, Heizung, Beleuchtung und Reinigung	328,75 "
g) Gehalt für Redakteur und Expedientin	4 566,60 "
h) Versicherungsbeiträge für Redakteur und Expedientin	856,70 "
i) Sonstige Ausgaben	80,95 "

Beratungskosten:

a) Persönliche:	13 704,93 M.
Bebälter	28 456,50 "
Schreibhilfen	4 545,- "
Verfügungsbeiträge	4 678,09 "
Sitzungsentzündigung	657,55 "
Gutschädigung an die Nebisoren	11,40 "
Summa der Ausgaben	52 148,88 M.

b) Sachliche:

Porto	1 654,04 M.
Veramtmaterial	1 738,16 "
Tele., Heizung, Beleuchtung und Reinigung	2 960,56 "
Buchbinderearbeiten	19,- "
Depotgebühren	50,- "
Sonstige Ausgaben	15 352,58 "
An den Arbeiterarbeiter-Verband überwiesen	177 371,91 "
Grundstückstonte	22 579,97 "
Summa der Ausgaben	846 286,95 M.

Lohakkassen.

a) Einnahmen:

Bestände zum Jahre 1925	50 590,- M.
Volksbeiträge	6 418,70 "
Aus Verbandsmitteln:	
20 bezw 30% von der Einnahme an Eintrittsgeldern und eiträgen	141 035,75 M.
Extra-Zuschuß	757,40 "
Summa der Ausgaben	141 793,15 M.
Zinsen	825,75 "
Sammlungen	654,42 "
Sonstige Einnahmen	6 126,81 "
Guth	